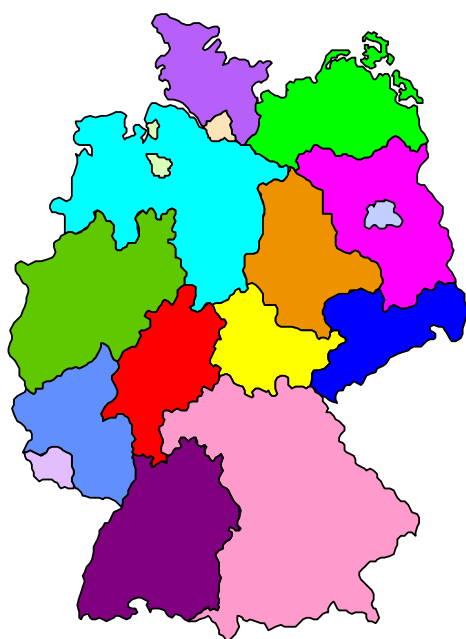


STATISTIK DER SOZIALHILFE

Sozialhilfe im Ländervergleich 2000

Hilfe zum Lebensunterhalt



Erscheinungsfolge: jährlich
Erschienen im April 2002

Fachliche Informationen zu diesem Produkt können Sie direkt beim Statistischen Bundesamt, Zweigstelle Bonn, erfragen:
Gruppe IX E 3, Telefon: 0 18 88 / 6 44 89 53, Fax: 0 18 88 / 6 44 89 94 oder Postfach 17 03 77, 53029 Bonn,
E-Mail: sozialhilfe@destatis.de

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2002

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte vorbehalten.

Inhaltsverzeichnis
Sozialhilfe im Ländervergleich (Hilfe zum Lebensunterhalt) 2000

Registerblatt	Beschreibung
Text	Ausführungen über die wesentlichen Strukturdaten der Empfänger/-innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen am Jahresende 2000 (nachfolgend als "Sozialhilfeempfänger/-innen" bezeichnet) nach Ländern
Tab.1.1 und SB1.1	Sozialhilfeempfänger/-innen nach Geschlecht und Sozialhilfequoten Sozialhilfequoten nach Geschlecht
Tab.1.2 und SB1.2	Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe (Hilfe zum Lebensunterhalt) Nettoausgaben der Hilfe zum Lebensunterhalt
Tab.2.1 und SB2.1.1 mit SB2.1.2 SB 2.2	Sozialhilfeempfänger/-innen nach Staatsangehörigkeit; Anteil am Insgesamt und Sozialhilfequoten Sozialhilfequoten nach Staatsangehörigkeit Anteil der Sozialhilfeempfänger/-innen am Insgesamt nach Staatsangehörigkeit Sozialhilfequoten nach Staatsangehörigkeit; Ausländeranteil an der Bevölkerung
Tab.3.1 und SB3.1 mit SB3.2	Sozialhilfeempfänger/-innen nach Altersgruppen; Anteil am Insgesamt und Sozialhilfequoten Sozialhilfequoten nach Altersgruppen Anteil der Sozialhilfeempfänger/-innen am Insgesamt nach Altersgruppen
Tab.4.1 und SB4.1	Haushalte von Sozialhilfeempfänger/-innen; hier: Haushaltsgröße Anteil an den Empfängerhaushalten nach Haushaltsgröße
Tab.4.2.1 und Tab.4.2.2 mit SB4.2	Haushalte von Sozialhilfeempfänger/-innen; hier: Haushaltstyp Haushaltstypen mit Anteil am Insgesamt Haushaltstypen mit Anteil am Insgesamt
Tab.4.3 mit SB4.3	Ausgewählte Haushalte von Sozialhilfeempfänger/-innen mit 2 und mehr Kindern unter 18 Jahren Anteil der Haushalte mit zwei und mehr Kindern unter 18 Jahren am Insgesamt
Tab.5.1 und SB5.1.1 mit SB5.1.2	Bedarfsentstehung und Bedarfsdeckung der Haushalte von Sozialhilfempfänger/-innen Bedarfsentstehung der Haushalte von Sozialhilfempfänger/-innen Bedarfsdeckung der Haushalte von Sozialhilfempfänger/-innen
Tab.5.2 SB5.2	Bedarfsentstehung und Bedarfsdeckung der Haushalte von Sozialhilfeempfänger/-innen; hier Abweichung vom Durchschnitt Anteil des Nettoanspruchs am Bruttobedarf in %
SB6.1 SB6.2	Durchschnittliche bisherige Dauer des Sozialhilfebezugs in Monaten Anteil der Langzeitbezieher an den Empfängerhaushalten
Tab.7.1 SB 7.1	Sozialhilfe- und Arbeitslosenquoten Sozialhilfe- und Arbeitslosenquoten
Tab.8.1	Zeitreihe der Sozialhilfeempfänger/-innen und Haushalte von Sozialhilfeempfänger/-innen

Sozialhilfe im Ländervergleich 2000

Hilfe zum Lebensunterhalt

VORBEMERKUNG

Der vorliegende Ländervergleich gibt einen Überblick über zahlenmäßige Unterschiede zwischen den Bundesländern hinsichtlich einiger wichtiger Strukturdaten aus der Sozialhilfestatistik. Eine genauere Analyse oder Interpretation der länderspezifischen Unterschiede ist in diesem Rahmen allerdings nur eingeschränkt möglich. Betrachtet werden soll hier allein die sog. "Sozialhilfe im engeren Sinne", d.h. die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

Die nachfolgenden Angaben beziehen sich im Wesentlichen auf die Ergebnisse der Sozialhilfestatistik für das Berichtsjahr 2000. Da für das Jahr 1999 aus Kapazitätsgründen kein entsprechender Ländervergleich erstellt wurde, werden die Angaben im Text häufig mit den Veränderungen gegenüber 1998 verglichen.

Ab dem 01. Januar 2002 verwendet Destatis in seinen Veröffentlichungen grundsätzlich die Währungseinheit Euro. Sie finden daher auch in der hier vorliegenden Veröffentlichung alle Währungsangaben in Euro dargestellt. (Umrechnung in Euro: Die für die Zeit vor dem 01. Januar 2002 in DM ermittelten Werte wurden einheitlich mit dem offiziellen Umrechnungskurs 1 Euro = 1,95583 DM umgerechnet.)

1. SOZIALHILFE IM ENGEREN SINNE: WESENTLICHE STRUKTURDATEN 2000

1.1 EMPFÄNGER

Tabelle 1.1, Schaubild 1.1

Zum Jahresende 2000 erhielten insgesamt 2,68 Mill. Personen in 1,41 Mill. Haushalten Sozialhilfe im engeren Sinne, d.h. laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen. Gegenüber dem Jahresende 1998 hat sich die Empfängerzahl damit um 7,0 % verringert. Dieser Trend ist ausschließlich auf die Entwicklung im früheren Bundesgebiet zurückzuführen: Während dort die Gesamtzahl der Empfänger gegenüber 1998 um 211 000 Personen zurückging, stieg die Zahl der Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger in den neuen Ländern und Berlin-Ost im selben Zeitraum um 9 000 Personen an.

Unter den Empfängern waren bundesweit 2,08 Mill. Deutsche und 594 000 Ausländer. Der Ausländeranteil lag somit bei 22 % (1998: 23 %). Wie auch 1998 überwiegen unter den Sozialhilfeempfängern mit 56 % weiterhin die weiblichen Bezieher.

Viele der Sozialhilfebezieher sind Kinder: So waren zum Jahresende 2000 knapp eine Million Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren von Sozialhilfe betroffen, das sind 37,1 % der Empfänger. Mehr als die Hälfte dieser Kinder (54,7 %) lebte in Haushalten von allein-erziehenden Frauen. Die vergleichsweise hohe Inanspruchnahme der Sozialhilfe durch Kinder drückt sich auch in der Sozialhilfequote (Anteil der Hilfebezieher an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe in %) aus. Während am Jahresende 2000 insgesamt 3,3 % der Bevölkerung Sozialhilfe im engeren Sinne bezogen, war diese Quote bei den unter 18jährigen mit 6,3 % fast doppelt so hoch. Insgesamt ist festzustellen, dass die Sozialhilfequote der Kinder über dem Gesamtdurchschnitt liegt und um so höher ist, je jünger die Kinder sind. Im Gegensatz hierzu liegt die Sozialhilfequote der älteren Menschen deutlich unter dem Gesamtdurchschnitt, und zwar um so mehr, je älter die Personen sind.

Neben den altersbezogenen Sozialhilfequoten lassen sich auch geschlechts- und regionalspezifische Quoten bestimmen. Dabei ergeben sich folgende Zusammenhänge: Frauen beanspruchen mit einer Quote von 3,6 % relativ häufiger Sozialhilfe als Männer mit 2,9 %; die Sozialhilfequote der Empfänger ist im früheren Bundesgebiet (3,4 %) höher als in den neuen Bundesländern (2,8 %). Ferner ist festzustellen, dass Ausländer (8,1 %) eine deutlich höhere Bezugsquote als Deutsche (2,8 %) aufweisen.

Im früheren Bundesgebiet ist ansatzweise ein Nord-Süd-Gefälle erkennbar (d.h. relativ hohe Sozialhilfequoten im Norden, niedrige Quoten im Süden). So wurden für Schleswig-Holstein (4,3 %) und Niedersachsen (3,9 %) überdurchschnittliche Quoten ermittelt, während sich für Bayern mit 1,7 % und Baden-Württemberg mit 2,0 % relativ niedrige Quoten ergaben. Die höchsten Quoten waren in den drei Stadtstaaten zu verzeichnen: Bremen (9,4 %), Berlin (7,8 %) und Hamburg (7,1 %). Unter den Flächenstaaten entfielen die höchsten Sozialhilfequoten auf das Saarland und Schleswig-Holstein (je 4,3 %).

Allgemeine Sozialhilfequote (Empfänger)¹**Deutschland 2000**

(Durchschnitt 2000: 3,3 %) [1998: 3,5 %]

Früheres Bundesgebiet (Durchschnitt 2000: 3,4 %) [1998: 3,7 %]					
Überdurchschnittlich	2000	1998	Unterdurchschnittlich	2000	1998
Bremen	9,4 %	10,2 %	Bayern	1,7 %	2,0 %
Berlin-West	9,3 %	9,8 %	Baden-Württemberg	2,0 %	2,3 %
Hamburg	7,1 %	8,2 %	Rheinland-Pfalz	2,5 %	2,8 %
Saarland	4,3 %	4,8 %			
Schleswig-Holstein	4,3 %	4,5 %			
Niedersachsen	3,9 %	4,3 %			
Hessen	3,9 %	4,2 %			
Nordrhein-Westfalen	3,6 %	3,8 %			
Neue Bundesländer (Durchschnitt 2000: 2,8 %) [1998: 2,7 %]					
Überdurchschnittlich	2000	1998	Unterdurchschnittlich	2000	1998
Berlin-Ost	5,4 %	5,7 %	Thüringen	1,9 %	2,0 %
Sachsen-Anhalt	3,2 %	3,0 %	Brandenburg	2,2 %	2,2 %
Mecklenburg-Vorp.	2,9 %	2,8 %	Sachsen	2,5 %	2,2 %

¹ Alle Quoten in dieser Übersicht bezogen auf den Bevölkerungsstand am 31.12.1999.

1.2 AUFWAND**Tabelle 1.2, Schaubild 1.2**

Im Jahr 2000 wurden in Deutschland für die Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) brutto 9,8 Mrd. EUR ausgegeben, das waren 42 % der gesamten Sozialhilfeausgaben. Nach Abzug der Einnahmen bei dieser Hilfeart in Höhe von 1,1 Mrd. EUR beliefen sich die reinen Ausgaben der Hilfe zum Lebensunterhalt auf 8,7 Mrd. EUR; rein rechnerisch waren dies durchschnittlich rund 106 EUR je Einwohner. Für die Unterpositionen der Hilfe zum Lebensunterhalt (s. Tab. 1.2) können im Rahmen der Sozialhilfestatistik nur die Bruttoausgaben (also nicht die reinen Ausgaben) angegeben werden. So belief sich der korrespondierende Ausgabebetrag (brutto) für die hier besprochenen Sozialhilfeempfänger im engeren Sinne im Jahr 2000 (Deutschland) auf 7,1 Mrd. EUR. Zusätzlich hierzu wurden im Berichtsjahr noch 1,1 Mrd. EUR (brutto) für laufende Leistungen in Form von Hilfe zur Arbeit sowie 1,4 Mrd. EUR für einmalige Leistungen bei der Hilfe zum Lebensunterhalt ausgegeben.

Die reinen HLU-Ausgaben je Einwohner sind nahezu ein exaktes Spiegelbild der empfängerbezogenen Sozialhilfequote im engeren Sinne. So waren die reinen HLU-Ausgaben je Einwohner im früheren Bundesgebiet (113 EUR je Einwohner) deutlich höher als in den neuen Ländern (76 EUR je Einwohner). Die höchsten Sozialhilfeausgaben je Einwohner waren in den drei Stadtstaaten zu verzeichnen. Von den Flächenstaaten wies das Saarland die höchsten Pro-Kopf-Ausgaben auf, während sich für Bayern und Baden-Württemberg die niedrigsten Werte unter den alten Ländern ergaben.

2. AUSLÄNDER MIT SOZIALHILFEBEZUG

Tabelle 2.1, Schaubild 2.1.1

Zum Jahresende 2000 bezogen 8,1 % der in Deutschland lebenden ausländischen Staatsangehörigen Sozialhilfe im engeren Sinne. Die Sozialhilfequote der Ausländer war im früheren Bundesgebiet (8,1 %) geringfügig höher als in den neuen Bundesländern (7,8 %). Im großen und ganzen verhalten sich die landesspezifischen Sozialhilfequoten der Ausländer wie die allgemeinen Sozialhilfequoten, d.h. Länder mit einer relativ hohen allgemeinen Sozialhilfequote weisen in der Regel auch eine relativ hohe Ausländer-Sozialhilfequote auf und umgekehrt.

Sozialhilfequote der Ausländer Deutschland 2000 (Durchschnitt 2000: 8,1 %) [1998: 9,1 %]					
Früheres Bundesgebiet (Durchschnitt 2000: 8,1 %) [1998: 9,2 %]					
Überdurchschnittlich	2000	1998	Unterdurchschnittlich	2000	1998
Bremen	21,0 %	16,5 %	Baden-Württemberg	4,1 %	4,9 %
Berlin-West	18,8 %	19,2 %	Bayern	4,4 %	4,7 %
Hamburg	13,1 %	15,5 %	Rheinland-Pfalz	5,9 %	6,5 %
Niedersachsen	12,9 %	14,7 %	Nordrhein-Westfalen	7,7 %	9,5 %
Schleswig-Holstein	12,0 %	13,1 %			
Hessen	10,3 %	10,9 %			
Saarland	9,7 %	11,3 %			
Neue Bundesländer (Durchschnitt 2000: 7,8 %) [1998: 7,1 %]					
Überdurchschnittlich	2000	1998	Unterdurchschnittlich	2000	1998
Sachsen-Anhalt	13,1 %	10,8 %	Brandenburg	4,8 %	4,2 %
Mecklenburg-Vorp.	10,4 %	9,7 %	Thüringen	5,8 %	7,0 %
Berlin-Ost	8,2 %	8,7 %	Sachsen	7,1 %	5,5 %

Zum Jahresende 2000 war in allen Ländern des früheren Bundesgebiets - mit Ausnahme Bremens - ein Rückgang der Ausländer-Sozialhilfequote gegenüber 1998 zu verzeichnen. Ein signifikanter Rückgang war insbesondere in Hamburg (- 2,4 %-Punkte) sowie in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen (jeweils -1,8 %-Punkte) festzustellen. Bremen weist nach deutlichem Anstieg in den letzten beiden Jahren mit 21,0 % nunmehr die höchste Ausländer-Sozialhilfequote in Deutschland auf.

In den neuen Ländern war zum Jahresende 2000 im Vergleich zu 1998 insgesamt ein Anstieg der Ausländer-Sozialhilfequoten festzustellen. In Sachsen-Anhalt war in diesem Zeitraum der stärkste Anstieg zu verzeichnen (+ 2,3 %-Punkte); dort war auch - wie bereits 1998 - die höchste Ausländer-Sozialhilfequote in den neuen Ländern festzustellen. Rückläufig war die Sozialhilfequote der Ausländer dagegen in Berlin-Ost sowie vor allem in Thüringen (- 1,2 %-Punkte). In Thüringen liegt die Quote daher jetzt unter dem Durchschnitt der neuen Bundesländer.

Tabelle 2.1, Schaubild 2.1.2 und 2.2

Betrachtet man den Anteil der Ausländer unter den Sozialhilfeempfängern dann wird die o.g. angesprochene Ost/West-Diskrepanz noch deutlicher. Während im früheren Bundesgebiet ein Viertel der Sozialhilfeempfänger Ausländer waren, belief sich dieser Anteilswert in den neuen Bundesländern auf lediglich 6,7 %. Der Ausländeranteil an den Sozialhilfeempfängern ist in den alten Bundesländern sehr unterschiedlich. Die höchsten Ausländeranteile waren in Berlin-West (34,0 %) und Hessen (32,4 %) zu verzeichnen. Die niedrigsten Werte wurden in Schleswig-Holstein (15,3 %) und Rheinland-Pfalz (17,7 %) registriert. Der Ausländeranteil war somit in Berlin-West und Hessen mehr als doppelt so hoch wie in Schleswig-Holstein.

Der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung liegt bewegt sich in den fünf neuen Ländern zwischen 1,7 % und 2,4 % und liegt damit weit niedriger als im früheren Bundesgebiet (siehe Schaubild 2.2). Obwohl die Sozialhilfequote der Ausländer in den neuen Ländern teilweise relativ hoch ist (z.B. Sachsen-Anhalt mit 13,1 % bzw. Mecklenburg-Vorpommern mit 10,4 %), wirkt sich dies auf die allgemeine Sozialhilfequote aufgrund des insgesamt geringen Ausländeranteils an der Bevölkerung nur unwesentlich aus. Folgerichtig liegt dort die allgemeine Sozialhilfequote nur wenig über der Quote für die Sozialhilfebezieher mit deutscher Staatsangehörigkeit.

Im früheren Bundesgebiet ist der Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung durchweg deutlich höher. Die höchsten Werte weisen dabei die Stadtstaaten sowie Baden-Württemberg und Hessen auf. In Schleswig-Holstein war der Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung mit 5,5 % am niedrigsten. Die Analyse der Sozialhilfequoten gestaltet sich jedoch weitaus schwieriger als in den neuen Ländern: So hat beispielsweise Baden-Württemberg trotz eines überdurchschnittlich hohen Ausländeranteils an der Gesamtbevölkerung mit 4,1 % die niedrigste Ausländer-Sozialhilfequote im ganzen Bundesgebiet. Dagegen geht besonders in den Stadtstaaten, aber auch z.B. in Hessen der hohe Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung mit einer überdurchschnittlich hohen Ausländer-Sozialhilfequote einher.

3. ALTERSSTRUKTUR DER SOZIALHILFEEMPFÄNGER

Tabelle 3.1, Schaubilder 3.1 und 3.2

Die Sozialhilfequote ist sehr stark vom Alter abhängig: sie sinkt mit zunehmendem Alter, d.h. insbesondere, dass Kinder weitaus häufiger Sozialhilfe beziehen als ältere Menschen. Wie Schaubild 3.1 verdeutlicht, ist diese Rangfolge der altersspezifischen Sozialhilfequoten in jedem Bundesland klar erkennbar; Unterschiede zwischen den Ländern ergeben sich lediglich im Hinblick auf die absolute Niveaulage der landesspezifischen Sozialhilfequote (Stichwort: Nord-Süd-Gefälle bei den Sozialhilfequoten im früheren Bundesgebiet, generell höhere Sozialhilfequoten im Westen).

Vergleicht man die Altersstruktur der Sozialhilfeempfänger (d.h. die Anteile der Altersgruppen unter den Sozialhilfeempfängern) in den einzelnen Ländern, dann werden jedoch gewisse Unterschiede sichtbar:

- Im früheren Bundesgebiet (bzw. in den einzelnen alten Ländern) sind die Anteilswerte der
 - älteren Sozialhilfeempfänger (40 Jahre und älter) höher
 - jüngeren Sozialhilfeempfänger (unter 40 Jahre) geringer
- als in den neuen Ländern.

Im früheren Bundesgebiet sind die Sozialhilfeempfänger mit 30,5 Jahren im Durchschnitt älter als in den neuen Ländern (25,3 Jahre).

- In den alten Bundesländern - mit Ausnahme von Berlin-West- bilden die unter 18-jährigen die anteilmäßig größte Gruppe unter den Sozialhilfeempfängern. In den neuen Bundesländern ist - bis auf Sachsen und Thüringen
 - die Altersgruppe der 18- bis 40jährigen stärker vertreten. Personen mit Sozialhilfebezug im Alter von 60 Jahren und älter sind in allen Bundesländern am wenigsten stark vertreten, ihr Anteil liegt allerdings in den alten Ländern mit durchschnittlich 12,4 % mehr als doppelt so hoch wie in den neuen Ländern und Berlin-Ost (5,1 %).
- In Bayern ist der Anteil der über 60jährigen an allen Sozialhilfeempfängern mit 16,1 % am höchsten, in Berlin-Ost (4,6 %) am niedrigsten.

4. HAUSHALTSSTRUKTUR DER SOZIALHILFEEMPFÄNGER

4.1 HAUSHALTSGRÖSSE

Tabelle 4.1, Schaubild 4.1

Die 2,68 Mill. Personen, die zum Jahresende 2000 in Deutschland Sozialhilfe im engeren Sinne bezogen, lebten in 1,41 Mill. Haushalten (Gemeint sind die sog. Bedarfs- bzw. Einsatzgemeinschaften, die hier der Einfachheit halber kurz als Haushalte bezeichnet werden). In rund der Hälfte der Fälle (51,8 %) waren dies Einpersonenhaushalte (Die in diesem Absatz genannten Anteilswerte beziehen sich auf die 1,2 Mill. Empfängerhaushalte, die einen eigenen Haushalt bilden). Danach folgten die Zweipersonenhaushalte mit 23,3 % und die Haushalte mit drei Personen (13,3 %). Vier und mehr Personen hatten 11,6 % der Sozialhilfehaushalte.

In den neuen Bundesländern und Berlin-Ost waren unter den Sozialhilfehaushalten die größeren Haushalte (drei und mehr Personen) etwas stärker vertreten als im früheren Bundesgebiet. Überdurchschnittlich viele Einpersonenhaushalte gab es vor allem in den Stadtstaaten sowie in Bayern und Hessen. Größere Haushalte hingegen waren relativ häufig in den neuen Bundesländern - hier insbesondere in Sachsen - sowie im früheren Bundesgebiet in Niedersachsen anzutreffen.

4.2 HAUSHALTSTYP

Tabelle 4.2.1 und 4.2.2, Schaubild 4.2

Über die Haushaltsgröße hinaus können die Sozialhilfehaushalte bzw. Bedarfsgemeinschaften mittels des Haushaltstyps weiter klassifiziert werden. Im Wesentlichen unterscheidet man dabei Alleinstehende, Ehepaare mit und ohne Kinder sowie alleinerziehende Frauen. Die Differenzierung nach diesen Haushaltstypen ergibt für Deutschland folgendes Bild: In der Mehrzahl (42,9 %) handelte es sich bei den Sozialhilfehaushalten um Alleinstehende; danach folgten die alleinerziehenden Frauen mit einem Anteilswert von 23,5 % vor den Ehepaaren mit Kindern (9,6 %) und den Ehepaaren ohne Kinder (7,2 %). Auf die Sammelposition "sonstige Haushalte" entfielen 16,1 % der Haushalte; hierunter sind zum allergrößten Teil Haushalte ohne Haushaltsvorstand sowie die nichtehelichen Lebensgemeinschaften (3,0 % aller Sozialhilfehaushalte) subsumiert.

Vergleicht man die Struktur der Sozialhilfe beziehenden Haushalte in den einzelnen Bundesländern, dann ergibt sich folgendes Bild:

- In allen Ländern bilden die Alleinstehenden die größte Gruppe unter den Sozialhilfehaushalten. Besonders ausgeprägt ist die Dominanz der Alleinstehenden in den Stadtstaaten, insbesondere Berlin. Darüber hinaus ist der Anteil der Alleinstehenden im früheren Bundesgebiet höher als in den neuen Ländern. Die Differenzierung nach dem Geschlecht ergibt für die neuen Bundesländer und Berlin-Ost durchweg ein Übergewicht der Männer, während in den alten Ländern in der Regel die Frauen unter den Alleinstehenden dominieren (Ausnahmen: Berlin-West, Hamburg).
- Die zweitgrößte Gruppe bilden die Haushalte von alleinerziehenden Frauen. Ihr Anteil ist in den neuen Ländern und Berlin-Ost zumeist höher als im früheren Bundesgebiet. In den alten Bundesländern gibt es relativ viele alleinerziehende Frauen unter den Sozialhilfehaushalten in Baden-Württemberg, Bayern und Schleswig-Holstein und relativ wenige in Berlin-West und Hamburg.
- Die relativen Häufigkeiten der Ehepaare mit Kind(ern) weisen in den einzelnen Bundesländern nur vergleichsweise geringfügige Unterschiede auf. Relativ wenige gibt es in Berlin-Ost und Bayern; relativ viele sind es in Berlin-West, Hessen und Nordrhein-Westfalen.
- Sozialhilfe beziehende Haushalte von Ehepaaren ohne Kinder sind im früheren Bundesgebiet relativ häufiger als in den neuen Ländern und Berlin-Ost.

Tabelle 4.3, Schaubild 4.3

· Der Anteil der Familien (Ehepaare und alleinerziehende Frauen) mit zwei und mehr Kindern war zum Jahresende 2000 im früheren Bundesgebiet geringfügig höher als in den neuen Ländern und Berlin-Ost (zum Vergleich: 1998 waren diese kinderreichen Haushalte in den neuen Ländern noch relativ stärker vertreten als im früheren Bundesgebiet). Die höchsten Anteilswerte ergaben sich dabei

- in den alten Ländern in Niedersachsen und Baden-Württemberg;
- in den neuen Ländern in Sachsen und Thüringen.

Die niedrigsten Anteile für diese kinderreichen Haushalte wurden in Berlin-West, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin-Ost ermittelt.

· Im folgenden sollen die Länder kenntlich gemacht werden, deren Sozialhilfehaushalte aus relativ vielen größeren Familien und relativ wenigen Alleinstehenden bestehen und umgekehrt. Hierzu werden die einzelnen Länder in die beiden folgenden Gruppen eingeteilt:

Länder mit

über durchschnittlichem Anteil von Familien (mit zwei und mehr Kindern) <u>und</u> unter durchschnittlichem Anteil von Alleinstehenden	unter durchschnittlichem Anteil von Familien (mit zwei und mehr Kindern) <u>und</u> über durchschnittlichem Anteil von Alleinstehenden
---	---

Es ergibt sich folgendes Bild:*)

Familien ↑ (mit zwei und mehr Kinder) Alleinstehende ↓	Familien ↓ (mit zwei und mehr Kinder) Alleinstehende ↑
Sachsen Niedersachsen Baden-Württemberg Nordrhein-Westfalen Hessen Schleswig-Holstein	Berlin (Ost und West) Hamburg Bremen Bayern

*) Die in dieser Übersicht nicht aufgeführten Länder erfüllen das vorgenannte Zuordnungskriterium nicht.

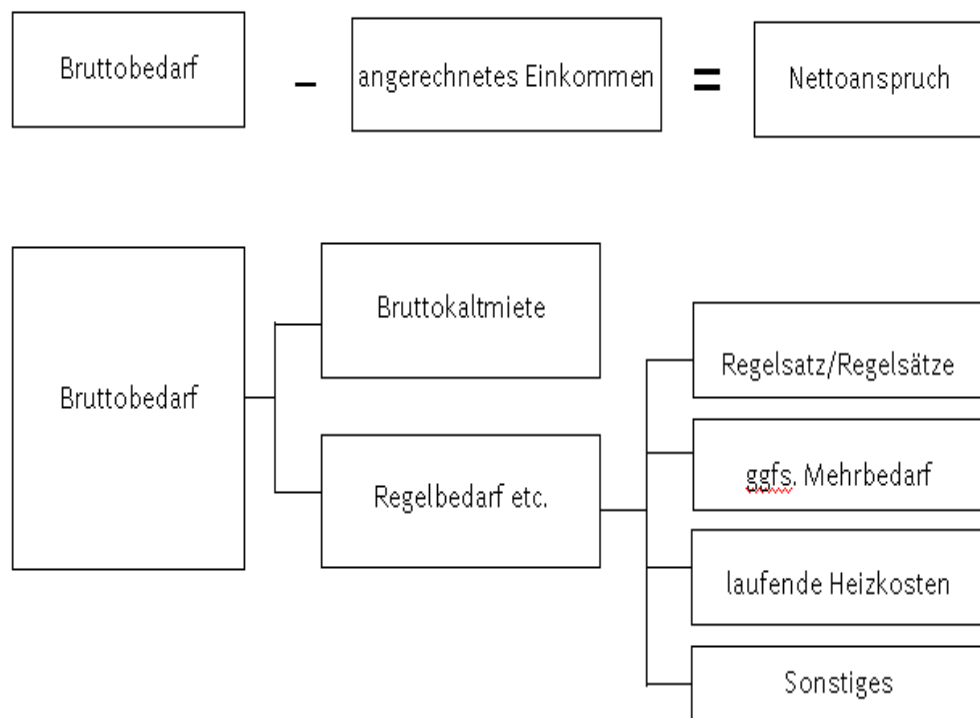
5. SOZIALHILFEBEDARF UND -ANSPRUCH

Tabelle 5.1, Schaubild 5.1.1 und 5.1.2

Tabelle 5.2, Schaubild 5.2

Die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen wird im Wesentlichen nach Regelsätzen und Mehrbedarfszuschlägen gewährt; darüber hinaus werden i.d.R. auch die Unterkunftskosten übernommen. Die Gesamtsumme der vorgenannten Bedarfspositionen für den Haushaltsvorstand und dessen Haushaltsangehörige ergibt den Bruttobedarf. Zieht man vom Bruttobedarf das angerechnete Einkommen ab, erhält man den tatsächlich ausbezahlten Nettoanspruch.

Im Hinblick auf die Bedarfsentstehung lassen sich im Rahmen der Sozialhilfestatistik zwei Bedarfskomponenten unterscheiden: Einerseits die Bruttokaltmiete und andererseits der Regelbedarf zuzüglich Mehrbedarf, laufende Heizkosten etc. Zur Bruttokaltmiete zählen die Miete (bzw. bei Eigentümern die Belastung) einschließlich der Umlagen, Nebenkosten und Gebühren für Müllabfuhr, Abwasser, Schornsteinfeger, Straßenreinigung, Grundsteuer, Hausverwaltung u.ä. Nicht zur Bruttokaltmiete gehören Strom- und Heizungskosten sowie die Kosten der Warmwasserbereitung. Als "Regelbedarf etc." wird im folgenden die Differenz zwischen dem Bruttobedarf und der Bruttokaltmiete bezeichnet. Hierunter fallen im Wesentlichen der Regelsatz (Regelsätze) sowie gegebenenfalls Mehrbedarfszuschläge und laufende Heizkosten, aber auch sonstige Hilfen wie z.B. vom Sozialamt übernommene Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge oder Kosten der Alterssicherung. Die Zusammenhänge sollen durch die nachfolgende Formel bzw. Abbildung nochmals dargestellt werden:



Im folgenden wird der Sozialhilfebedarf und -anspruch im Ländervergleich aufgezeigt. Bei den dabei verwandten Begriffen (Bruttokaltmiete, Regelbedarf, Bruttobedarf, angerechnetes Einkommen, Nettoanspruch) handelt es sich jeweils um monatliche Durchschnittswerte.

Im Bundesdurchschnitt errechnete sich für einen Sozialhilfehaushalt ein monatlicher Bruttobedarf von 829 EUR, wovon allein rund ein Drittel auf die Kaltmiete entfiel. Unter Berücksichtigung des angerechneten Einkommens der Hilfebedürftigen in Höhe von durchschnittlich 443 EUR wurden pro Haushalt im Schnitt 386 EUR - also etwas weniger als die Hälfte (46,6 %) des Bruttobedarfs - ausgezahlt.

I. Früheres Bundesgebiet

Hinsichtlich der Entstehung des Sozialhilfebedarfs stellt sich die Situation im früheren Bundesgebiet wie folgt dar:

Bruttokaltmiete, Regelbedarf etc., Bruttobedarf Alle Durchschnittsbeträge sind..., (bezogen auf den Durchschnitt im früheren Bundesgebiet) ^{*)}	
Überdurchschnittlich	Unterdurchschnittlich
Bremen Hessen	Bayern Rheinland-Pfalz Baden-Württemberg

^{*)} Die in dieser Übersicht nicht aufgeführten Länder erfüllen das vorgenannte Zuordnungskriterium nicht.

Nach Abzug des angerechneten Einkommens ergab sich letztendlich ein überdurchschnittlich hoher Nettoanspruch für Hessen, Bremen, Rheinland-Pfalz, Hamburg, Berlin-West und Schleswig-Holstein. In Baden-Württemberg entsprach der durchschnittliche Nettoanspruch exakt dem durchschnittlichen Nettoanspruch im früheren Bundesgebiet (397 EUR).

Für die übrigen Länder ergab sich ein unterdurchschnittlicher Nettoanspruch. Die niedrigsten Werte wurden dabei in Nordrhein-Westfalen und Bayern festgestellt.

In Hamburg waren verschiedene andere Komponenten auffallend ausgeprägt: Einerseits wurde hier die mit Abstand höchste Bruttokaltmiete, andererseits - wohl aufgrund der vielen Einpersonenhaushalte - der niedrigste Regelbedarf (etc.) festgestellt.

Die höchsten Werte für den Bruttobedarf waren in Nordrhein-Westfalen festzustellen, die niedrigsten in Bayern. Die niedrigste durchschnittliche Bruttokaltmiete war in Rheinland-Pfalz zu verzeichnen. Beim Regelbedarf (etc.) ergaben sich die höchsten Werte in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen; die niedrigsten waren in Hamburg festzustellen.

In Schaubild 5.2 ist der Anteil des Nettoanspruchs am Bruttobedarf in den einzelnen Ländern dargestellt. Überdurchschnittliche Anteilswerte (vor allem Hessen, Rheinland-Pfalz und Berlin-West) sind in aller Regel auf unterdurchschnittliche Beträge beim angerechneten Einkommen zurückzuführen, während unterdurchschnittliche Anteilswerte (insbesondere Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen) mit relativ hohen Einkommensbeträgen einhergehen.

II. Neue Länder

Bruttokaltmiete, Regelbedarf etc., Bruttobedarf Alle Durchschnittsbeträge sind..., (bezogen auf den Durchschnitt in den neuen Ländern und Berlin-Ost) ^{*)}	
Überdurchschnittlich	Unterdurchschnittlich
Sachsen	Brandenburg Mecklenburg-Vorpommern

^{*)} Die in dieser Übersicht nicht aufgeführten Länder erfüllen das vorgenannte Zuordnungskriterium nicht.

Die Durchschnittswerte für die Bruttokaltmiete und den Bruttobedarf waren in den neuen Ländern und Berlin-Ost durchweg niedriger als im früheren Bundesgebiet; in den meisten Fällen traf dies auch auf den Regelbedarf zu. Ein weiterer Unterschied zu den alten Ländern bestand darin, dass in den neuen Ländern und Berlin-Ost durchschnittlich nur 43,7 % des Bruttobedarfs ausgezahlt wurde; in den alten Ländern wurde vom Bruttobedarf relativ mehr (durchschnittlich 47,0 %) ausbezahlt. Ursächlich hierfür sind die in den neuen Ländern und Berlin-Ost relativ häufig vertretenen größeren Haushalte. Denn mit zunehmender Haushaltsgröße gelangt tendenziell weniger vom Bruttobedarf zur Nettoauszahlung. Das ist darauf zurückzuführen, dass größere Haushalte vermehrt über anrechenbares Einkommen verfügen (z.B. Kindergeld, Unterhaltsleistungen).

Der höchste Wert für die Bruttokaltmiete war in Berlin-Ost festzustellen. Aufgrund des mit Abstand geringsten angerechneten Einkommens war in Berlin-Ost im Endeffekt der höchste Nettoanspruch zu verzeichnen. Neben Berlin-Ost wies auch Sachsen-Anhalt überdurchschnittliche Werte beim Nettoanspruch auf. Dagegen wurden für Sachsen und Brandenburg unterdurchschnittliche Werte beim Nettoanspruch ermittelt. In Mecklenburg-Vorpommern entsprach der Nettoanspruch exakt dem Durchschnittswert für die neuen Länder und Berlin-Ost (325 EUR).

Der niedrigste Bruttobedarf in den neuen Ländern war zum Jahresende 2000 in Brandenburg festzustellen, während für Sachsen der höchste durchschnittliche Bruttobedarf ermittelt wurde. Aufgrund der höchsten Werte beim angerechneten Einkommen ergab sich in Sachsen jedoch im Endeffekt der niedrigste Nettoanspruch im gesamten Bundesgebiet überhaupt.

In Schaubild 5.2 bringt das Verhältnis Nettoanspruch/Bruttobedarf die länderweiten Unterschiede beim angerechneten Einkommen zum Ausdruck. So ist der hohe Anteilswert für Berlin-Ost auf den relativ niedrigen Betrag beim angerechneten Einkommen zurückzuführen. Der niedrige Anteilswert für Sachsen ist hingegen die Folge des dort relativ hohen Einkommensbetrages.

6. BEZUGSDAUER DER SOZIALHILFE

Schaubild 6.1 und 6.2

Die bisherige Bezugsdauer der Sozialhilfe im engeren Sinne, die zum Jahresende 2000 erfasst wurde, betrug im Bundesdurchschnitt über zwei Jahre (31,0 Monate). Der entsprechende Wert war im früheren Bundesgebiet (33,5 Monate) mehr als doppelt so hoch wie in den neuen Ländern (17,5 Monate). Der Grund hierfür ist allerdings das spätere Inkrafttreten des Bundessozialhilfegesetzes in den neuen Ländern.

Die mit Abstand höchste durchschnittliche Bezugsdauer im früheren Bundesgebiet ergab sich für Hamburg (69,8 Monate). Dort gab es auch weit überdurchschnittlich viele Langzeitbezieher mit einer bisherigen Bezugsdauer von mehr als fünf Jahren. Die kürzeste durchschnittliche Bezugsdauer im früheren Bundesgebiet wurde mit 20,7 Monaten in Nordrhein-Westfalen festgestellt. Der geringste Anteil an Langzeitbeziehern war ebenfalls in Nordrhein-Westfalen zu verzeichnen.

In den neuen Ländern wies Sachsen mit 13,9 Monaten die kürzeste durchschnittliche Bezugsdauer auf; dort war auch der Anteil der Langzeitbezieher am geringsten. Dagegen wurden für Berlin-Ost die höchsten Werte bei der bisherigen Dauer des Hilfebezugs sowie beim Anteil der Langzeitbezieher an den Empfängerhaushalten ermittelt.

7. SOZIALHILFEBEZUG UND ARBEITSLOSIGKEIT

Tabelle 7.1, Schaubild 7.1

I. Früheres Bundesgebiet

Im Jahresdurchschnitt 2000 lag die Arbeitslosenquote im früheren Bundesgebiet (d.h. im sog. "Bundesgebiet West" entsprechend der Definition der Bundesanstalt für Arbeit) bei 8,7 % (gegenüber 10,5 % im Jahr 1998). Das Ausmaß der Arbeitslosigkeit ist in den alten Bundesländern sehr unterschiedlich. Ähnlich wie bei der Sozialhilfe ist auch hier ansatzweise ein Nord-Süd-Gefälle erkennbar. So wurden für Niedersachsen (10,3%) und Nordrhein-Westfalen (10,1 %), aber auch im Saarland (10,8 %) überdurchschnittliche Arbeitslosenquoten ermittelt, während sich für Baden-Württemberg (6,0%) und Bayern (6,3%) die niedrigsten Quoten ergaben. Analog zur Sozialhilfe wurden die höchsten Arbeitslosenquoten in den Stadtstaaten Berlin (Ost und West zusammen 17,6 %) und Bremen (14,2 %) festgestellt. Der Wert für Hamburg lag mit 10,0 % ebenfalls über dem Durchschnitt für das frühere Bundesgebiet.

Ein länderweiter Vergleich der Arbeitslosen- und Sozialhilfequote lässt in fast allen Bundesländern (Ausnahme: Hessen) einen zahlenmäßigen Zusammenhang erkennen. So wurde in den Ländern mit überdurchschnittlicher Arbeitslosenquote sehr häufig auch eine überdurchschnittlich hohe Bezugsquote von Sozialhilfe festgestellt. Umgekehrt verhielt es sich in den Ländern, deren Arbeitslosenquote unter dem Durchschnitt lag; dort lag auch die Bezugsquote von Sozialhilfe in der Regel unter dem allgemeinen Durchschnitt.

Früheres Bundesgebiet 2000 (einschl. Berlin gesamt)

<u>Arbeitslosigkeit-Sozialhilfebezug</u> beide Quoten sind... (bezogen auf den Durchschnitt im früheren Bundesgebiet) ^{*)}	
Überdurchschnittlich	Unterdurchschnittlich
Berlin (Ost und West) Bremen Hamburg Saarland Niedersachsen Schleswig-Holstein Nordrhein-Westfalen	Baden-Württemberg Bayern Rheinland-Pfalz

^{*)} Die in dieser Übersicht nicht aufgeführten Länder erfüllen das vorgenannte Zuordnungskriterium nicht.

II. Neue Länder

In den neuen Ländern (d.h. im sog. "Bundesgebiet Ost" entsprechend der Definition der Bundesanstalt für Arbeit) lag die Arbeitslosenquote mit 18,8 % deutlich über dem Wert des früheren Bundesgebietes. Die Arbeitslosenquote war dort somit gegenüber 1998 (19,5 %) weniger stark rückläufig als im früheren Bundesgebiet. Die hohe Arbeitslosenquote in den neuen Ländern geht bislang jedoch insgesamt nicht mit entsprechend hohen Sozialhilfequoten einher.

Der länderweite Vergleich der Sozialhilfebezugs- und Arbeitslosenquote zeigt, dass in Thüringen, Brandenburg und Sachsen beide Quoten unterdurchschnittlich ausfielen, während in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern beide Quoten über dem Durchschnitt für die neuen Länder lagen.

Neue Länder 2000

Arbeitslosigkeit-Sozialhilfebezug beide Quoten sind... (bezogen auf den Durchschnitt im früheren Bundesgebiet)	
Überdurchschnittlich	Unterdurchschnittlich
Sachsen-Anhalt Mecklenburg-Vorpommern	Thüringen Brandenburg Sachsen

8. ENTWICKLUNG DER ZAHL DER SOZIALHILFEEMPFÄNGER SEIT 1996

Tabelle 8.1

Die Zahl der Sozialhilfeempfänger im engeren Sinne erreichte in Deutschland zum Jahresende 1997 mit rund 2,89 Millionen Personen ihren bisherigen Höchststand und ist seitdem wieder rückläufig. Ende 2000 fiel die Empfängerzahl somit wieder knapp unter das Niveau des Jahres 1996 (-0,4 %). Allerdings verlief die Entwicklung in diesem Zeitraum im früheren Bundesgebiet und in den neuen Ländern unterschiedlich, so dass im folgenden eine separate Betrachtung der jeweiligen Regionen sinnvoll erscheint.

I. Früheres Bundesgebiet

Im früheren Bundesgebiet verringerte sich die Zahl der Sozialhilfeempfänger von Ende 1996 bis Ende 2000 um rund 5,3 %. Die deutlichsten Rückgänge in diesem Zeitraum wurden dabei in Rheinland-Pfalz (-15,9 %), Baden-Württemberg (-13,2 %) sowie in Hamburg (-13,1 %) festgestellt. Lediglich in zwei Ländern des früheren Bundesgebiets war in den letzten fünf Jahren ein Anstieg der Empfängerzahlen zu beobachten, und zwar in Berlin-West (+13,1 %) sowie in Schleswig-Holstein (+7,4 %).

II. Neue Länder

In den neuen Ländern und Berlin-Ost stieg die Zahl der Sozialhilfeempfänger in den vergangenen fünf Jahren stetig an und erreichte Ende 2000 mit rund 421 000 Hilfebeziehern ihren bisherigen Höchststand; gegenüber 1996 entspricht dies einem Zuwachs von 37,5 %. Der höchste prozentuale Steigerung in diesem Zeitraum wurde dabei in Sachsen verzeichnet (+59,7 %), während der Anstieg der Empfängerzahlen in Thüringen (+21,3 %) sowie in Berlin-Ost (+22,4 %) vergleichsweise moderat verlief.

Tabelle 1.1

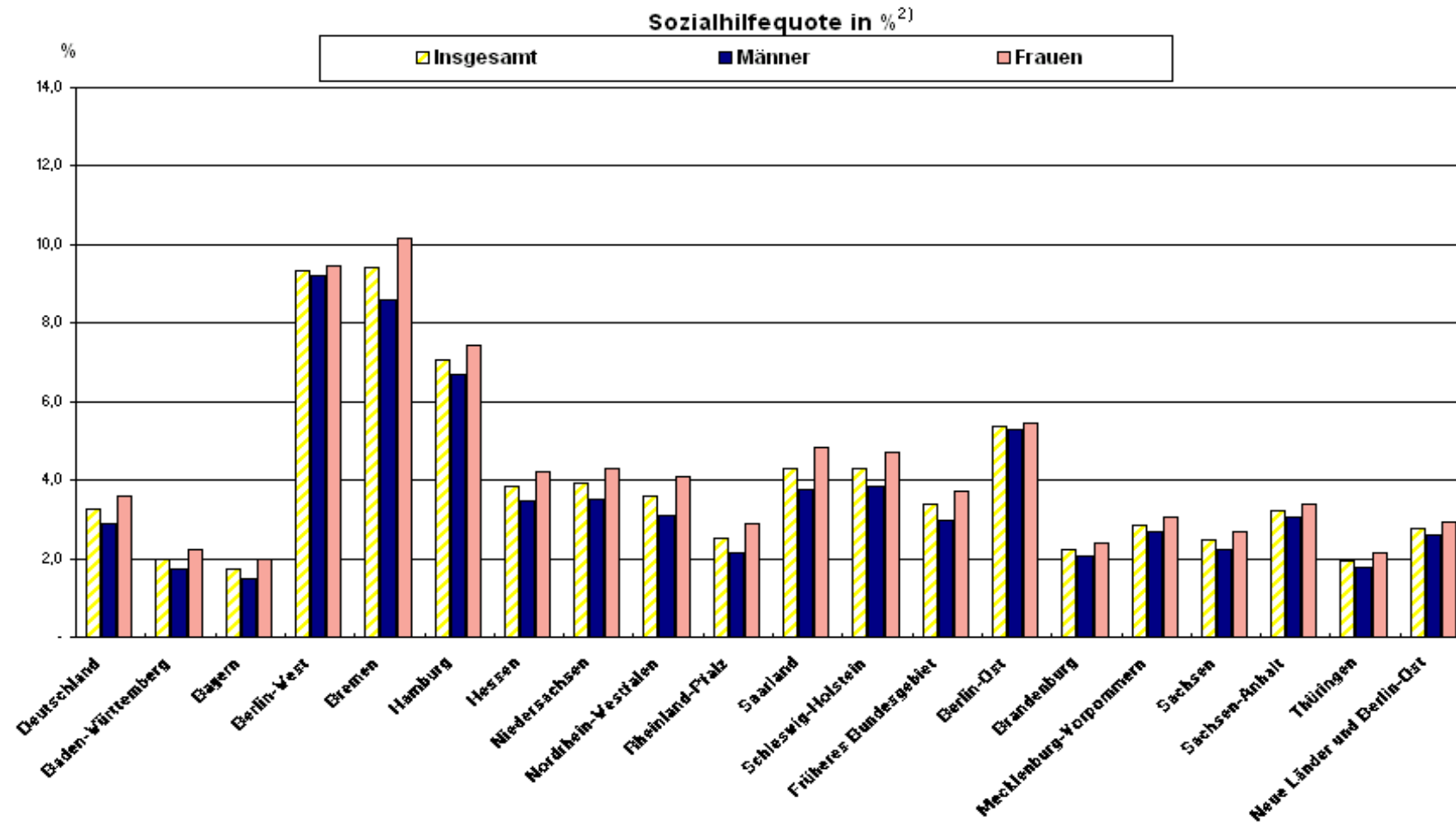
**Empfänger/-innen von Sozialhilfe im engeren Sinne 1)
am Jahresende 2000**

Gegenstand der Nachweisung	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen
	Anzahl			Sozialhilfequote in % ²⁾		
Deutschland						
Deutsche.....	2 082 821	885 055	1 197 766	2,8	2,4	3,1
Ausländer.....	594 298	282 139	312 159	8,1	7,2	9,2
Insgesamt.....	2 677 119	1 167 194	1 509 925	3,3	2,9	3,6
davon im Alter von ... bis unter ... Jahren						
unter 18.....	992 121	508 187	483 934	6,3	6,3	6,4
18-40.....	881 601	319 515	562 086	3,4	2,4	4,5
40-60.....	501 169	227 309	273 860	2,3	2,1	2,5
60 und älter.....	302 228	112 183	190 045	1,6	1,4	1,7
Früheres Bundesgebiet						
Baden-Württemberg.....	208 647	88 957	119 690	2,0	1,7	2,2
Bayern.....	210 570	88 453	122 117	1,7	1,5	2,0
Berlin-West.....	197 676	93 636	104 040	9,3	9,2	9,4
Bremen.....	62 441	27 480	34 961	9,4	8,6	10,2
Hamburg.....	120 461	55 206	65 255	7,1	6,7	7,4
Hessen.....	233 321	102 966	130 355	3,9	3,5	4,2
Niedersachsen.....	309 275	135 091	174 184	3,9	3,5	4,3
Nordrhein-Westfalen.....	646 718	269 863	376 855	3,6	3,1	4,1
Rheinland-Pfalz.....	101 862	42 234	59 628	2,5	2,1	2,9
Saarland.....	46 023	19 420	26 603	4,3	3,7	4,8
Schleswig-Holstein.....	119 007	51 872	67 135	4,3	3,8	4,7
Zusammen.....	2 256 001	975 178	1 280 823	3,4	3,0	3,7
Neue Länder und Berlin-Ost						
Berlin-Ost.....	68 142	33 175	34 967	5,4	5,3	5,5
Brandenburg.....	58 095	26 514	31 581	2,2	2,1	2,4
Mecklenburg-Vorpommern.....	51 220	23 583	27 637	2,9	2,7	3,1
Sachsen.....	110 089	48 213	61 876	2,5	2,2	2,7
Sachsen-Anhalt.....	85 848	39 491	46 357	3,2	3,1	3,4
Thüringen.....	47 724	21 040	26 684	1,9	1,8	2,1
Zusammen.....	421 118	192 016	229 102	2,8	2,6	2,9

1) laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen

2) Anteil an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe in %; Bevölkerungsstand: 31.12.1999

Schaubild 1.1
Empfänger/-innen von Sozialhilfe im engeren Sinne ¹⁾ am Jahresende 2000



1) laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen

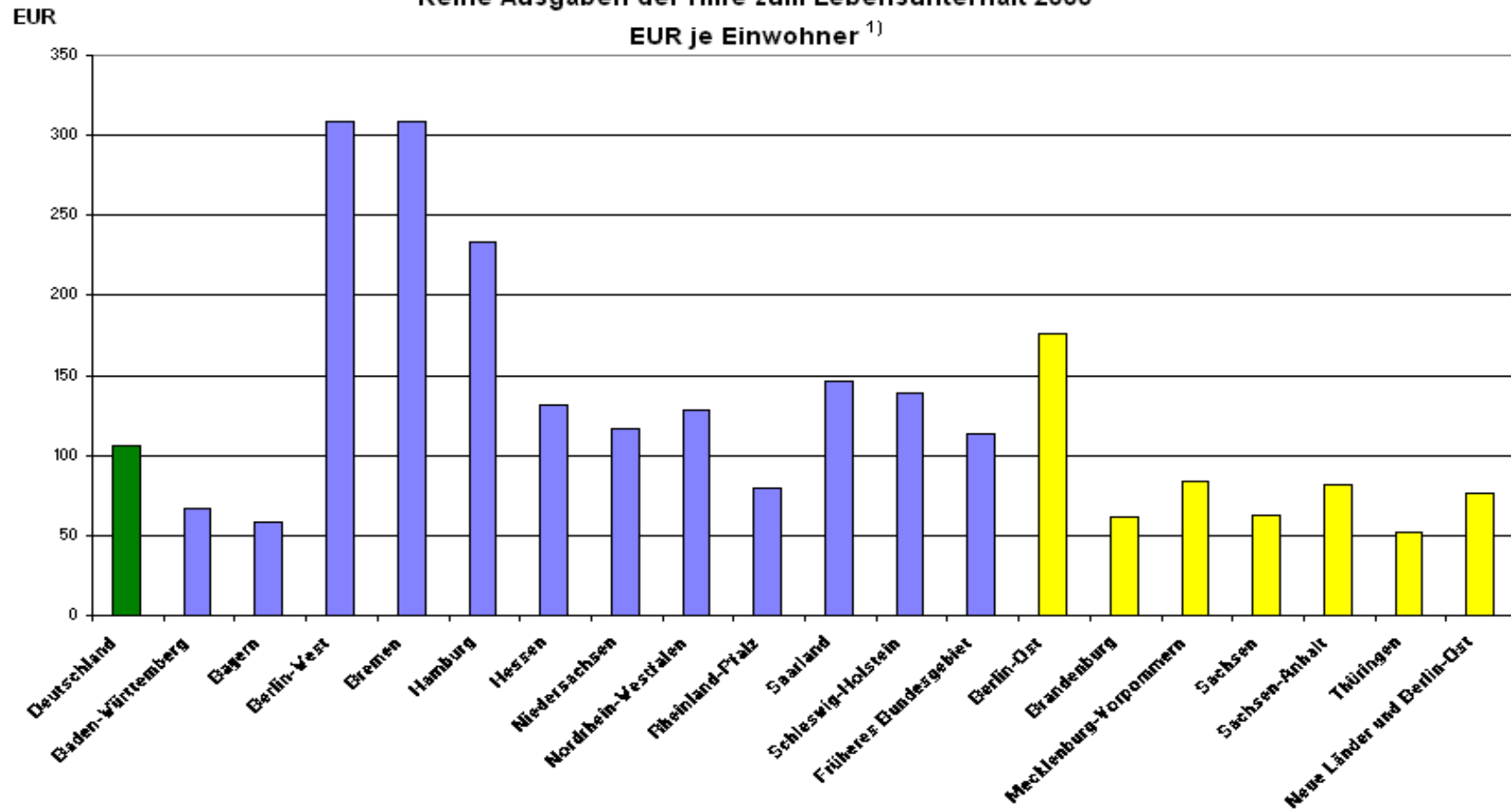
2) Anteil an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe in %; Bevölkerungsstand: 31.12.1999

Tabelle 1.2
Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe 2000
Hilfe zum Lebensunterhalt

Land	Bruttoausgaben				Einnahmen	Reine Ausgaben		
	Hilfe zum Lebens- unterhalt insgesamt	und zwar				Hilfe zum Lebens- unterhalt insgesamt	Hilfe zum Lebens- unterhalt insgesamt	je Ein- wohner 1)
		laufende Leistungen außerhalb von Einrichtungen	davon					
			lfd. Leistungen ohne Hilfe zur Arbeit	Hilfe zur Arbeit				
Mill. EUR								EUR
Deutschland								
Insgesamt	9 776,6	8 136,4	7 061,0	1 075,3	1 055,5	8 721,1	106,24	
Früheres Bundesgebiet								
Baden-Württemberg	792,6	676,3	589,4	87,0	92,3	700,4	67,03	
Bayern	817,4	627,2	568,6	58,5	108,0	709,4	58,54	
Berlin-West	707,8	580,8	523,1	57,7	52,5	655,4	308,87	
Bremen	234,4	199,0	164,9	34,1	29,1	205,2	308,29	
Hamburg	450,0	357,8	357,8	-	52,5	397,5	233,49	
Hessen	893,4	748,8	653,0	95,8	96,6	796,8	131,84	
Niedersachsen	1 030,8	876,5	731,7	144,8	111,8	919,0	116,65	
Nordrhein-Westfalen	2 573,5	2 195,6	1 896,8	298,7	258,6	2 314,9	128,71	
Rheinland-Pfalz	360,5	301,7	259,6	42,1	41,8	318,7	79,12	
Saarland	174,7	140,5	111,3	29,2	17,5	157,2	146,58	
Schleswig-Holstein	458,7	394,5	333,1	61,3	73,0	385,7	139,22	
Zusammen	8 493,8	7 098,7	6 189,4	909,3	933,7	7 560,1	113,12	
Neue Länder und Berlin-Ost								
Berlin-Ost	241,2	186,9	155,8	31,1	18,0	223,2	175,54	
Brandenburg	181,5	152,5	121,8	30,6	20,9	160,7	61,94	
Mecklenburg-Vorpommern	167,8	131,9	114,7	17,2	16,9	150,9	84,09	
Sachsen	304,7	250,3	200,9	49,4	23,0	281,7	62,95	
Sachsen-Anhalt	240,3	195,6	182,6	13,0	23,0	217,3	81,62	
Thüringen	147,2	120,5	95,8	24,7	20,0	127,2	51,79	
Zusammen	1 282,7	1 037,7	871,7	166,1	121,8	1 161,0	76,11	

1) Bevölkerungsstand: Jahresdurchschnitt 1999

Schaubild 1.2
Reine Ausgaben der Hilfe zum Lebensunterhalt 2000
EUR je Einwohner ¹⁾



1) Bevölkerungsstand: 31.12.1999

Tabelle 2.1

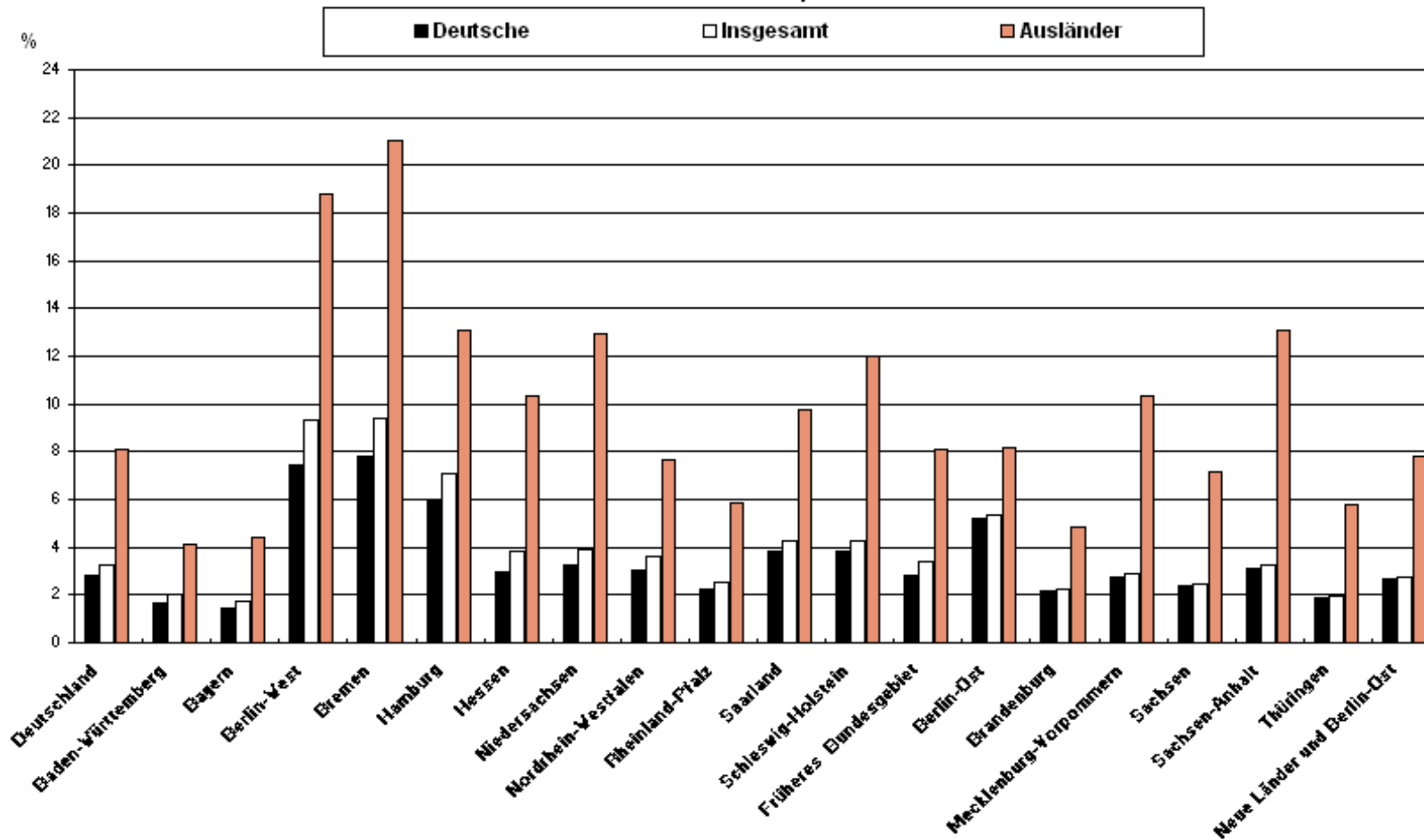
Empfänger/-innen von Sozialhilfe im engeren Sinne¹⁾
am Jahresende 2000

Land	Insgesamt		Deutsche			Ausländer		
	Anzahl	Sozialhilfe- quote in % ²⁾	Anzahl	Sozialhilfe- quote in % ²⁾	% Anteil (Spalte 3/ Spalte1)	Anzahl	Sozialhilfe- quote in % ²⁾	% Anteil (Spalte 6/ Spalte1)
	1	2	3	4	5	6	7	8
Deutschland								
Insgesamt	2 677 119	3,3	2 082 821	2,8	77,8	594 298	8,1	22,2
Früheres Bundesgebiet								
Baden-Württemberg.....	208 647	2,0	154 939	1,7	74,3	53 708	4,1	25,7
Bayern.....	210 570	1,7	161 367	1,5	76,6	49 203	4,4	23,4
Berlin-West.....	197 676	9,3	130 494	7,4	66,0	67 182	18,8	34,0
Bremen.....	62 441	9,4	45 791	7,8	73,3	16 650	21,0	26,7
Hamburg.....	120 461	7,1	86 260	6,0	71,6	34 201	13,1	28,4
Hessen.....	233 321	3,9	157 819	3,0	67,6	75 502	10,3	32,4
Niedersachsen.....	309 275	3,9	241 064	3,3	77,9	68 211	12,9	22,1
Nordrhein-Westfalen.....	646 718	3,6	490 092	3,1	75,8	156 626	7,7	24,2
Rheinland-Pfalz.....	101 862	2,5	83 834	2,3	82,3	18 028	5,9	17,7
Saarland.....	46 023	4,3	37 416	3,8	81,3	8 607	9,7	18,7
Schleswig-Holstein.....	119 007	4,3	100 755	3,8	84,7	18 252	12,0	15,3
Zusammen	2 256 001	3,4	1 689 831	2,8	74,9	566 170	8,1	25,1
Neue Länder und Berlin-Ost								
Berlin-Ost.....	68 142	5,4	61 929	5,2	90,9	6 213	8,2	9,1
Brandenburg.....	58 095	2,2	55 151	2,2	94,9	2 944	4,8	5,1
Mecklenburg-Vorpommern.....	51 220	2,9	47 937	2,7	93,6	3 283	10,4	6,4
Sachsen.....	110 089	2,5	102 599	2,4	93,2	7 490	7,1	6,8
Sachsen-Anhalt.....	85 848	3,2	80 060	3,1	93,3	5 788	13,1	6,7
Thüringen.....	47 724	1,9	45 314	1,9	95,0	2 410	5,8	5,0
Zusammen	421 118	2,8	392 990	2,6	93,3	28 128	7,8	6,7

1) laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen

2) Anteil an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe in %; Bevölkerungsstand: 31.12.1999

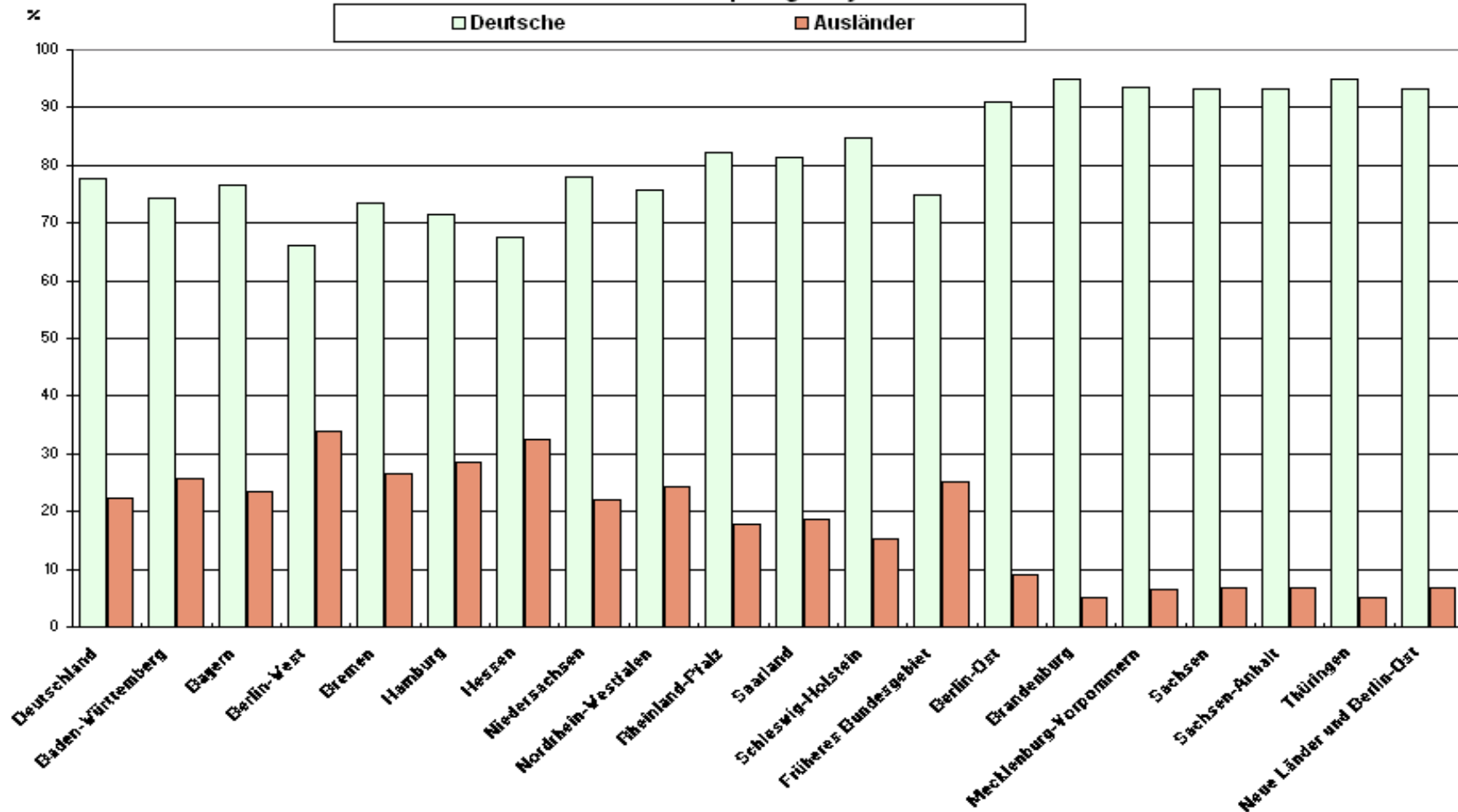
Schaubild 2.1.1
Empfänger/-innen von Sozialhilfe im engeren Sinne¹⁾ am Jahresende 2000
Sozialhilfequote in %²⁾



1) laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen

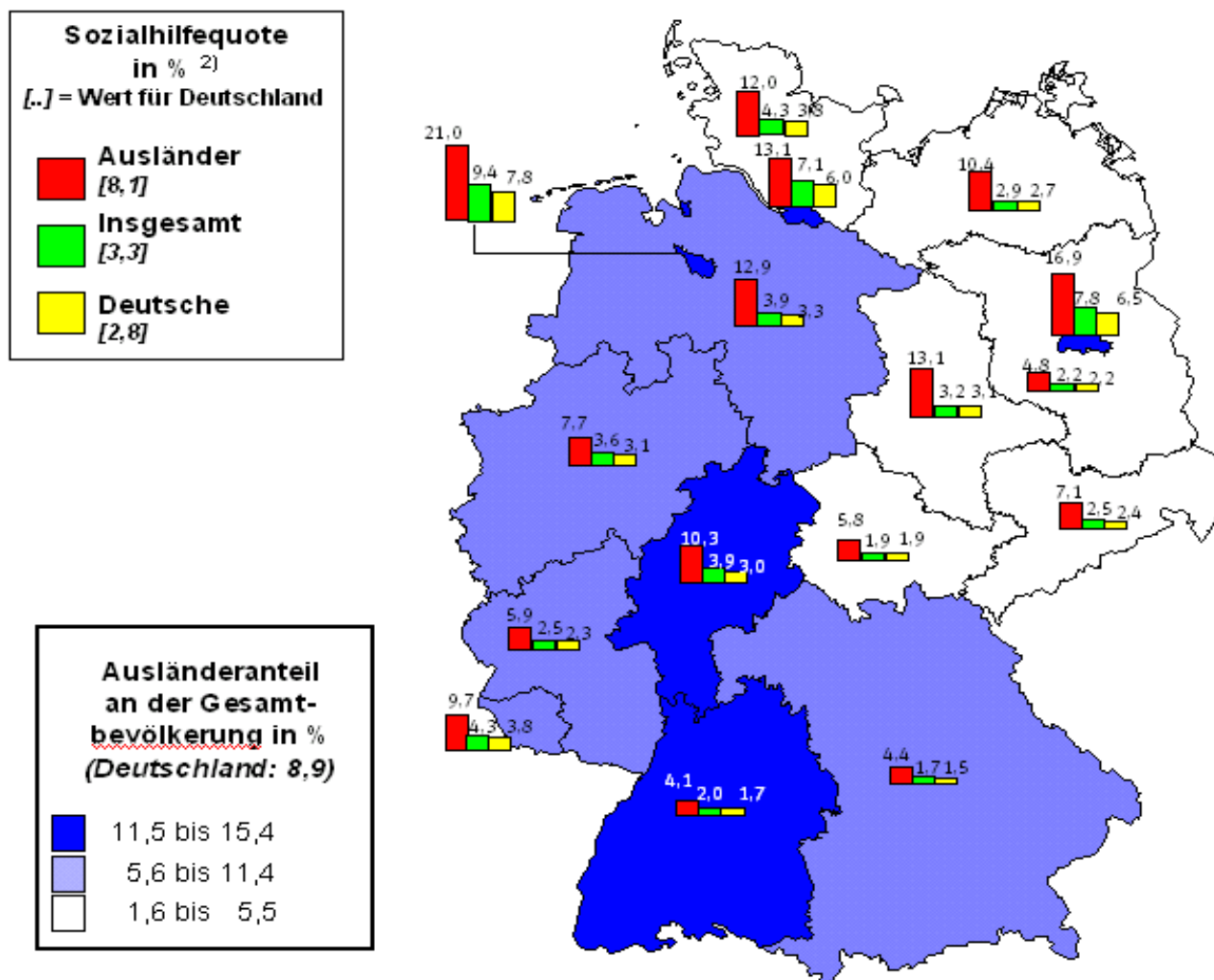
2) Anteil an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe in %; Bevölkerungsstand: 31.12.1999

Schaubild 2.1.2
Empfänger/-innen von Sozialhilfe im engeren Sinne¹⁾ am Jahresende 2000
Anteil an den Empfängern je Land



1) laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen

Schaubild 2.2
 Empfänger/-innen von Sozialhilfe im engeren Sinne ¹⁾ am Jahresende 2000
 Sozialhilfequote
 - Anteil der jeweiligen Bevölkerungsgruppe -



Bevölkerungsstand: 31.12.1999

1) Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen

2) Anteil der Sozialhilfebezieher an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe

Tabelle 3.1

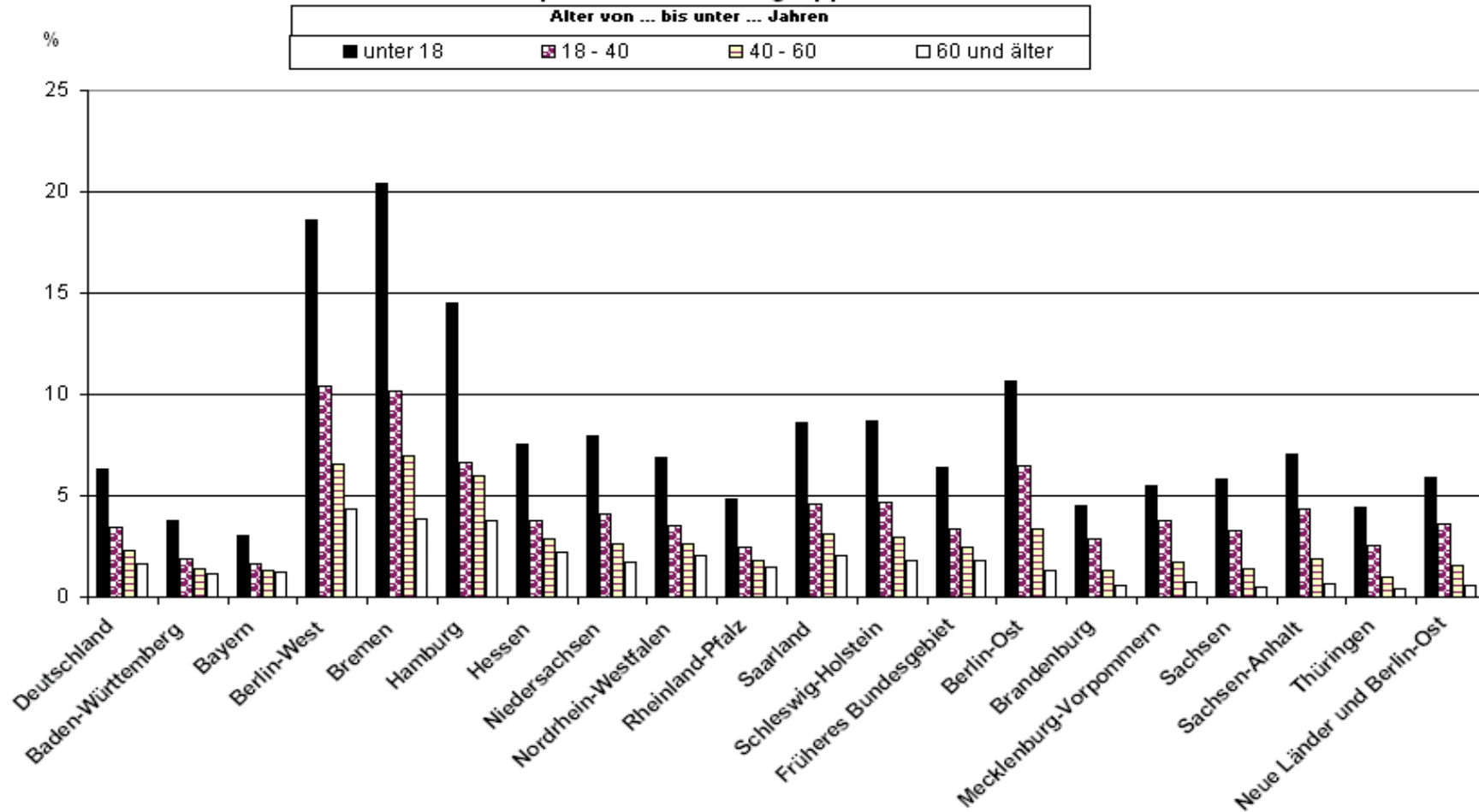
Empfänger/-innen von Sozialhilfe im engeren Sinne¹⁾
am Jahresende 2000

Land	Insgesamt		Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren											
			unter 18			18 - 40			40 - 60			60 und älter		
	Anzahl	Durchschnitts- alter in Jahren	Anzahl	Sozial- hilfe-quote 2)	% Anteil (Spalte 3/ Spalte 1)	Anzahl	Sozial- hilfe-quote 2)	% Anteil (Spalte 6/ Spalte 1)	Anzahl	Sozial- hilfe-quote 2)	% Anteil (Spalte 9/ Spalte 1)	Anzahl	Sozial- hilfe-quote 2)	% Anteil (Spalte 12/ Spalte 1)
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Deutschland														
Insgesamt	2 677 119	29,7	992 121	6,3	37,1	881 601	3,4	32,9	501 169	2,3	18,7	302 228	1,6	11,3
Früheres Bundesgebiet														
Baden-Württemberg.....	208 647	30,2	79 460	3,8	38,1	63 705	1,9	30,5	38 782	1,4	18,6	26 700	1,2	12,8
Bayern.....	210 570	32,5	73 124	3,1	34,7	61 929	1,6	29,4	41 618	1,3	19,8	33 899	1,2	16,1
Berlin-West.....	197 676	30,3	65 697	18,6	33,2	71 736	10,4	36,3	40 430	6,6	20,5	19 813	4,3	10,0
Bremen.....	62 441	29,9	22 757	20,4	36,4	20 827	10,1	33,4	12 447	6,9	19,9	6 410	3,8	10,3
Hamburg.....	120 461	31,9	39 830	14,5	33,1	38 852	6,6	32,3	26 918	6,0	22,3	14 861	3,7	12,3
Hessen.....	233 321	30,9	84 626	7,5	36,3	72 419	3,8	31,0	46 332	2,8	19,9	29 944	2,2	12,8
Niedersachsen.....	309 275	28,5	124 068	7,9	40,1	99 781	4,1	32,3	53 356	2,6	17,3	32 070	1,7	10,4
Nordrhein-Westfalen.....	646 718	30,8	241 185	6,9	37,3	195 397	3,5	30,2	124 366	2,6	19,2	85 770	2,0	13,3
Rheinland-Pfalz.....	101 862	30,8	38 385	4,8	37,7	30 425	2,5	29,9	18 923	1,8	18,6	14 129	1,5	13,9
Saarland.....	46 023	30,6	16 699	8,6	36,3	14 585	4,6	31,7	9 223	3,1	20,0	5 516	2,1	12,0
Schleswig-Holstein.....	119 007	28,8	45 831	8,7	38,5	39 775	4,7	33,4	21 649	2,9	18,2	11 752	1,8	9,9
Zusammen	2 256 001	30,5	831 662	6,4	36,9	709 431	3,4	31,4	434 044	2,5	19,2	280 864	1,8	12,4
Neue Länder und Berlin-Ost														
Berlin-Ost.....	68 142	26,3	23 502	10,6	34,5	30 295	6,5	44,5	11 240	3,3	16,5	3 105	1,3	4,6
Brandenburg.....	58 095	25,8	21 849	4,5	37,6	23 062	2,8	39,7	9 829	1,3	16,9	3 355	0,6	5,8
Mecklenburg-Vorpommern.....	51 220	25,8	18 738	5,5	36,6	21 103	3,7	41,2	8 414	1,7	16,4	2 965	0,8	5,8
Sachsen.....	110 089	24,7	44 111	5,8	40,1	43 778	3,3	39,8	16 852	1,4	15,3	5 348	0,5	4,9
Sachsen-Anhalt.....	85 848	25,2	32 982	7,1	38,4	34 791	4,4	40,5	13 955	1,9	16,3	4 120	0,6	4,8
Thüringen.....	47 724	24,3	19 277	4,4	40,4	19 141	2,5	40,1	6 835	1,0	14,3	2 471	0,4	5,2
Zusammen	421 118	25,3	160 459	5,9	38,1	172 170	3,6	40,9	67 125	1,6	15,9	21 364	0,6	5,1

1) laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen

2) Anteil an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe in %; Bevölkerungsstand: 31.12.1999

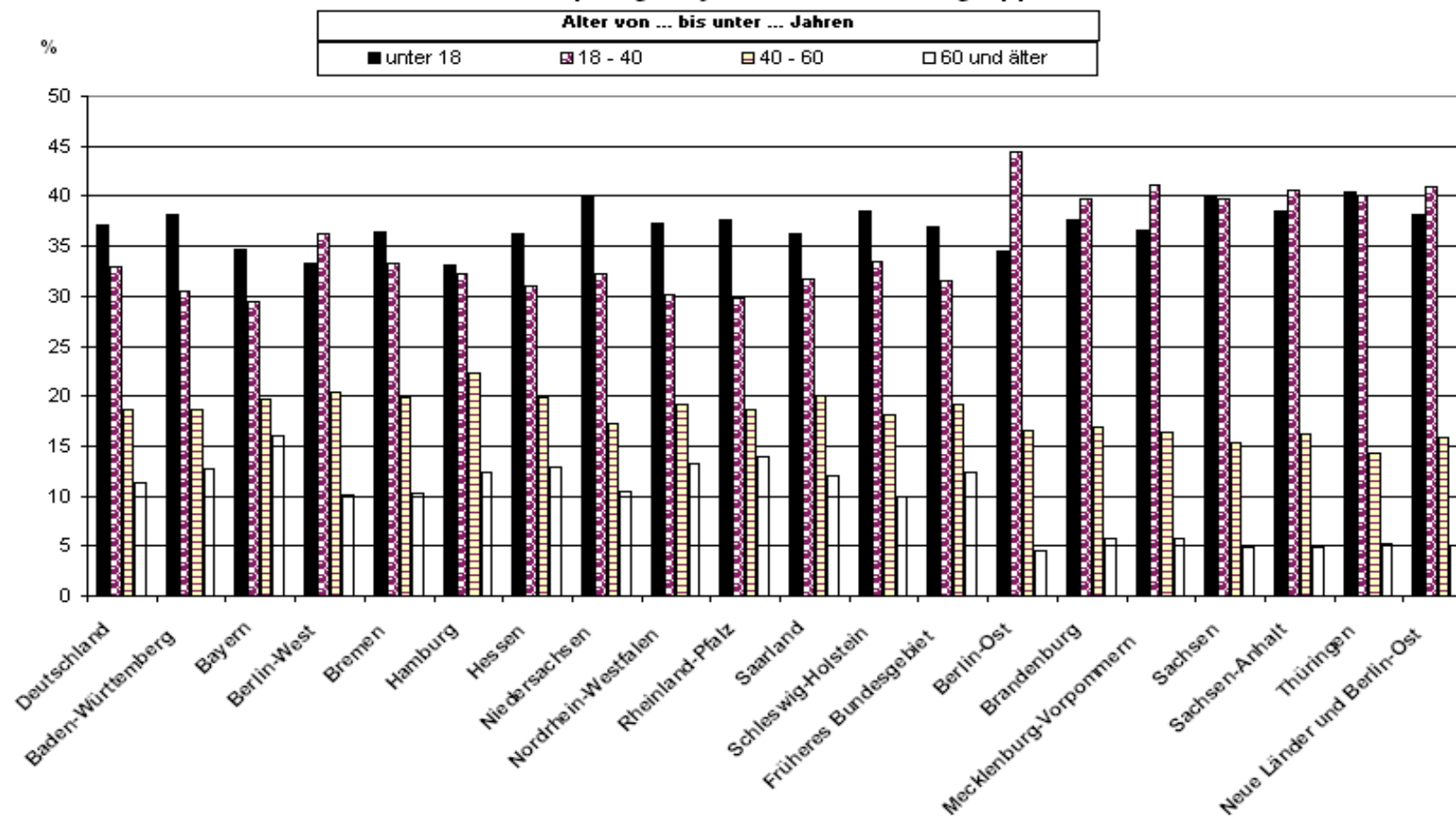
Schaubild 3.1
Empfänger/-innen von Sozialhilfe im engeren Sinne ¹⁾ am Jahresende 2000
Sozialhilfequoten nach Altersgruppen ²⁾



1) laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen

2) Anteil an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe in %; Bevölkerungsstand: 31.12.1999

Schaubild 3.2
Empfänger/-innen von Sozialhilfe im engeren Sinne ¹⁾ am Jahresende 2000
Anteil an den Empfängern je Land nach Altersgruppen



1) laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen

Tabelle 4.1

**Haushalte von Empfänger/-innen von Sozialhilfe im engeren Sinne¹⁾
am Jahresende 2000**

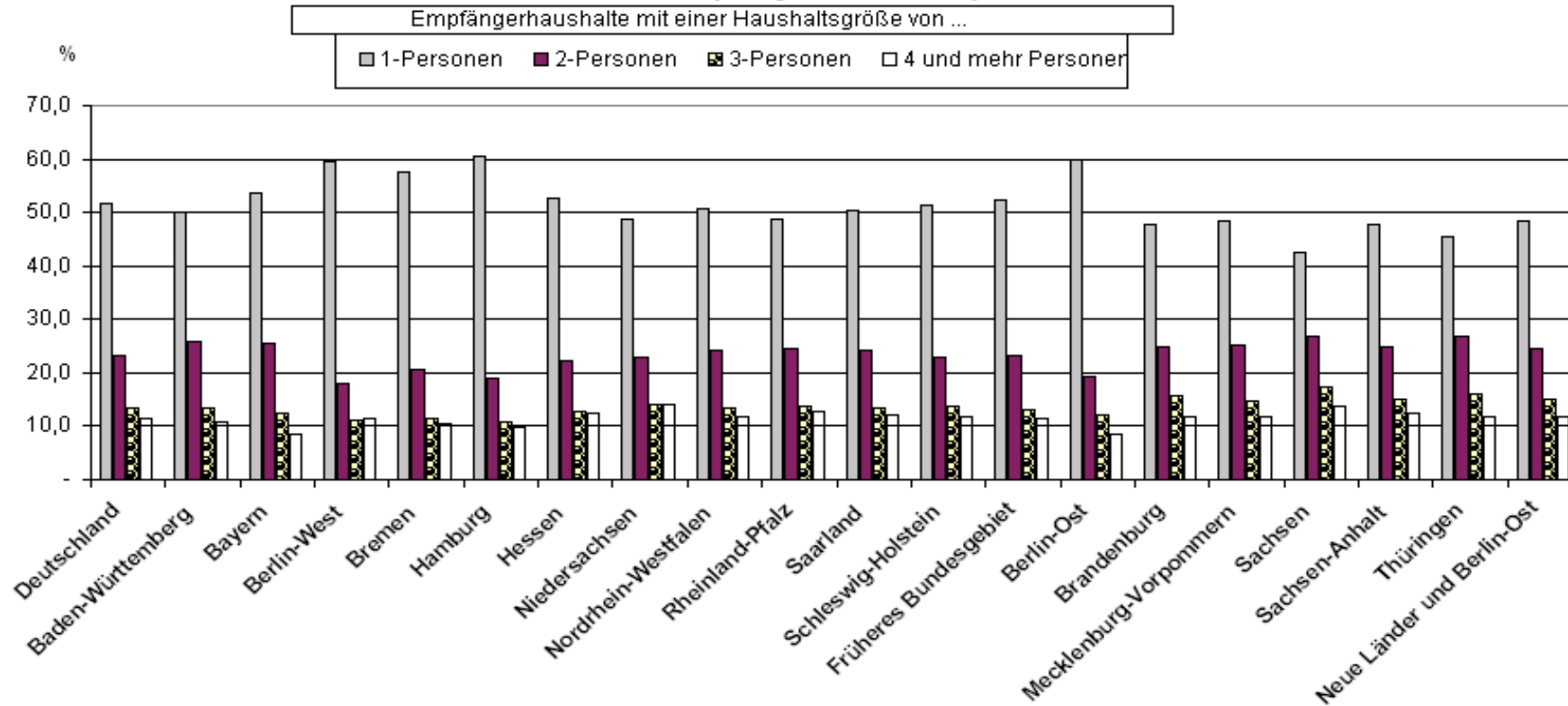
Haushaltsgröße

Land	Haushalte insgesamt ²⁾	Davon mit einer Haushaltsgröße von ... Personen							
		1		2		3		4 und mehr	
		Anzahl	% Anteil (Spalte 2/ Spalte 1)	Anzahl	% Anteil (Spalte 4/ Spalte 1)	Anzahl	% Anteil (Spalte 6/ Spalte 1)	Anzahl	% Anteil (Spalte 8/ Spalte 1)
		1	2	3	4	5	6	7	8
Deutschland									
Insgesamt	1 229 947	637 302	51,8	286 633	23,3	163 378	13,3	142 634	11,6
Früheres Bundesgebiet									
Baden-Württemberg.....	97 163	48 468	49,9	25 055	25,8	13 075	13,5	10 565	10,9
Bayern.....	106 025	56 995	53,8	26 924	25,4	13 120	12,4	8 986	8,5
Berlin-West.....	95 522	56 985	59,7	17 063	17,9	10 613	11,1	10 861	11,4
Bremen.....	28 807	16 575	57,5	5 958	20,7	3 259	11,3	3 015	10,5
Hamburg.....	62 574	37 891	60,6	11 795	18,8	6 752	10,8	6 136	9,8
Hessen.....	108 120	56 998	52,7	24 166	22,4	13 671	12,6	13 285	12,3
Niedersachsen.....	134 296	65 376	48,7	30 921	23,0	18 907	14,1	19 092	14,2
Nordrhein-Westfalen.....	282 195	143 053	50,7	68 225	24,2	37 820	13,4	33 097	11,7
Rheinland-Pfalz.....	45 093	22 040	48,9	11 094	24,6	6 215	13,8	5 744	12,7
Saarland.....	20 775	10 467	50,4	5 014	24,1	2 794	13,4	2 500	12,0
Schleswig-Holstein.....	54 116	27 740	51,3	12 465	23,0	7 509	13,9	6 402	11,8
Zusammen	1 034 686	542 588	52,4	238 680	23,1	133 735	12,9	119 683	11,6
Neue Länder und Berlin-Ost									
Berlin-Ost.....	35 693	21 346	59,8	6 928	19,4	4 333	12,1	3 086	8,6
Brandenburg.....	26 719	12 760	47,8	6 668	25,0	4 173	15,6	3 118	11,7
Mecklenburg-Vorpommern.....	24 130	11 693	48,5	6 075	25,2	3 518	14,6	2 844	11,8
Sachsen.....	47 046	19 998	42,5	12 542	26,7	8 112	17,2	6 394	13,6
Sachsen-Anhalt.....	40 055	19 116	47,7	9 971	24,9	6 007	15,0	4 961	12,4
Thüringen.....	21 618	9 801	45,3	5 769	26,7	3 500	16,2	2 548	11,8
Zusammen	195 261	94 714	48,5	47 953	24,6	29 643	15,2	22 951	11,8

1) laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen

2) Nicht enthalten sind hier rund 175 000 Bedarfsgemeinschaften, die mit Personen in einem Haushalt leben, die selber nicht Sozialhilfe beziehen.

Schaubild 4.1
Haushalte von Empfänger/-innen von Sozialhilfe im engeren Sinne ¹⁾
am Jahresende 2000
Haushaltsgröße ²⁾
Anteil an den Empfängerhaushalten je Land



1) laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen

2) Nicht enthalten sind hier rund 200 000 Bedarfsgemeinschaften, die mit Personen in einem Haushalt leben, die selber nicht Sozialhilfe beziehen.

Tabelle 4.2.1

**Haushalte von Empfänger/-innen von Sozialhilfe im engeren Sinne¹⁾
am Jahresende 2000**

Haushaltstyp

Land	Haushalte insgesamt	Davon							
		<div>Ehepaare</div> <div>ohne mit</div> <div>Kinder(n)²⁾</div>	insgesamt	<div>Alleinstehende</div> <div>Männer</div>	Frauen	<div>Alleinerziehende</div> <div>Männer Frauen</div>	Sonstige Haushalte		
Deutschland									
Insgesamt	1 405 263	101 646	134 533	602 711	285 267	317 444	10 220	329 693	226 460
Früheres Bundesgebiet									
Baden-Württemberg.....	109 425	8 394	8 899	43 433	20 834	22 599	693	29 875	18 131
Bayern.....	118 132	10 012	8 282	52 657	24 385	28 272	681	30 006	16 494
Berlin-West.....	109 420	6 898	11 947	60 089	32 828	27 261	802	18 856	10 828
Bremen.....	33 731	2 180	3 517	16 096	7 647	8 449	274	7 382	4 282
Hamburg.....	68 763	4 953	6 920	35 525	18 650	16 875	483	13 541	7 341
Hessen.....	120 938	9 658	12 928	51 180	23 987	27 193	825	25 352	20 995
Niedersachsen.....	150 531	10 194	15 875	58 008	26 166	31 842	1 093	35 187	30 174
Nordrhein-Westfalen.....	338 875	29 791	36 196	140 349	54 850	85 499	2 688	79 597	50 254
Rheinland-Pfalz.....	52 330	3 991	4 284	21 076	8 060	13 016	354	11 740	10 885
Saarland.....	24 076	1 784	2 318	9 992	3 785	6 207	160	4 977	4 845
Schleswig-Holstein.....	61 871	3 624	5 445	26 452	12 424	14 028	467	15 333	10 550
Zusammen	1 188 092	91 479	116 611	514 857	233 616	281 241	8 520	271 846	184 779
Neue Länder und Berlin-Ost									
Berlin-Ost.....	39 141	1 256	2 519	22 069	14 418	7 651	342	9 272	3 683
Brandenburg.....	29 995	1 524	2 505	11 355	6 587	4 768	210	7 668	6 733
Mecklenburg-Vorpommern.....	26 572	1 362	2 118	10 642	6 168	4 474	167	6 648	5 635
Sachsen.....	54 129	2 848	5 346	19 317	10 395	8 922	472	16 017	10 129
Sachsen-Anhalt.....	43 406	2 123	3 625	16 461	9 588	6 873	339	11 126	9 732
Thüringen.....	23 928	1 054	1 809	8 010	4 495	3 515	170	7 116	5 769
Zusammen	217 171	10 167	17 922	87 854	51 651	36 203	1 700	57 847	41 681

1) laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen

2) Kinder unter 18 Jahren

Tabelle 4.2.2

**Haushalte von Empfänger/-innen von Sozialhilfe im engeren Sinne¹⁾
am Jahresende 2000**

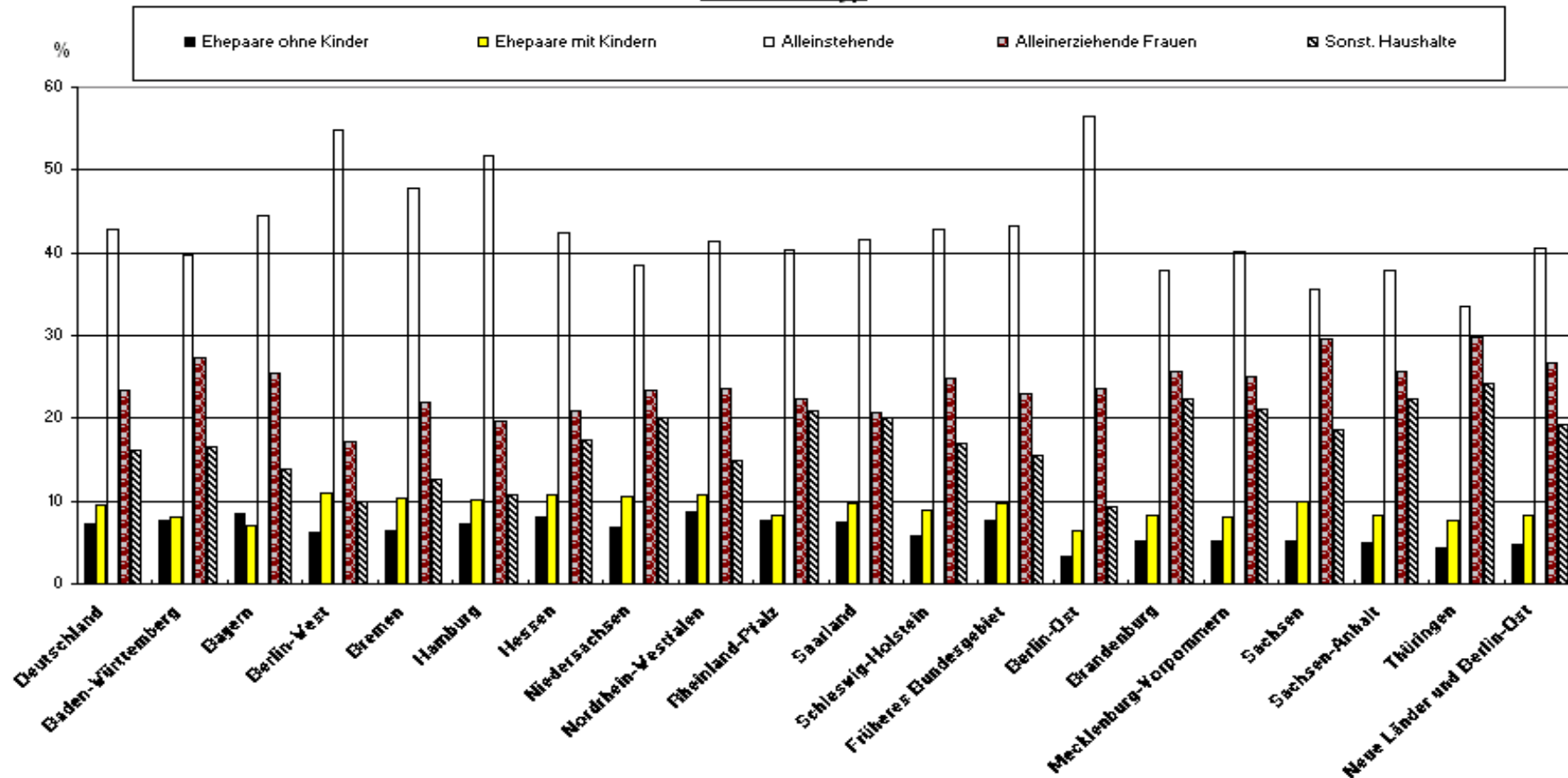
Haushaltstyp

Land	Haushalte insgesamt	Davon							
		Ehepaare ohne mit Kinder(n) ²⁾		insgesamt	Alleinstehende Männer Frauen		Alleinerziehende Männer Frauen		Sonstige Haushalte
		Anteil vom Insgesamt in %							
Deutschland									
Insgesamt	1 405 263	7,2	9,6	42,9	20,3	22,6	0,7	23,5	16,1
Früheres Bundesgebiet									
Baden-Württemberg.....	109 425	7,7	8,1	39,7	19,0	20,7	0,6	27,3	16,6
Bayern.....	118 132	8,5	7,0	44,6	20,6	23,9	0,6	25,4	14,0
Berlin-West.....	109 420	6,3	10,9	54,9	30,0	24,9	0,7	17,2	9,9
Bremen.....	33 731	6,5	10,4	47,7	22,7	25,0	0,8	21,9	12,7
Hamburg.....	68 763	7,2	10,1	51,7	27,1	24,5	0,7	19,7	10,7
Hessen.....	120 938	8,0	10,7	42,3	19,8	22,5	0,7	21,0	17,4
Niedersachsen.....	150 531	6,8	10,5	38,5	17,4	21,2	0,7	23,4	20,0
Nordrhein-Westfalen.....	338 875	8,8	10,7	41,4	16,2	25,2	0,8	23,5	14,8
Rheinland-Pfalz.....	52 330	7,6	8,2	40,3	15,4	24,9	0,7	22,4	20,8
Saarland.....	24 076	7,4	9,6	41,5	15,7	25,8	0,7	20,7	20,1
Schleswig-Holstein.....	61 871	5,9	8,8	42,8	20,1	22,7	0,8	24,8	17,1
Zusammen	1 188 092	7,7	9,8	43,3	19,7	23,7	0,7	22,9	15,6
Neue Länder und Berlin-Ost									
Berlin-Ost.....	39 141	3,2	6,4	56,4	36,8	19,5	0,9	23,7	9,4
Brandenburg.....	29 995	5,1	8,4	37,9	22,0	15,9	0,7	25,6	22,4
Mecklenburg-Vorpommern.....	26 572	5,1	8,0	40,0	23,2	16,8	0,6	25,0	21,2
Sachsen.....	54 129	5,3	9,9	35,7	19,2	16,5	0,9	29,6	18,7
Sachsen-Anhalt.....	43 406	4,9	8,4	37,9	22,1	15,8	0,8	25,6	22,4
Thüringen.....	23 928	4,4	7,6	33,5	18,8	14,7	0,7	29,7	24,1
Zusammen	217 171	4,7	8,3	40,5	23,8	16,7	0,8	26,6	19,2

1) laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen

2) Kinder unter 18 Jahren

Schaubild 4.2
Haushalte von Empfänger/-innen von Sozialhilfe im engeren Sinne ¹⁾
am Jahresende 2000
Anteil an allen Haushalten je Land in %
Haushaltstyp



1) laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen

Tabelle 4.3

**Haushalte von Empfänger/-innen von Sozialhilfe im engeren Sinne¹⁾
am Jahresende 2000**

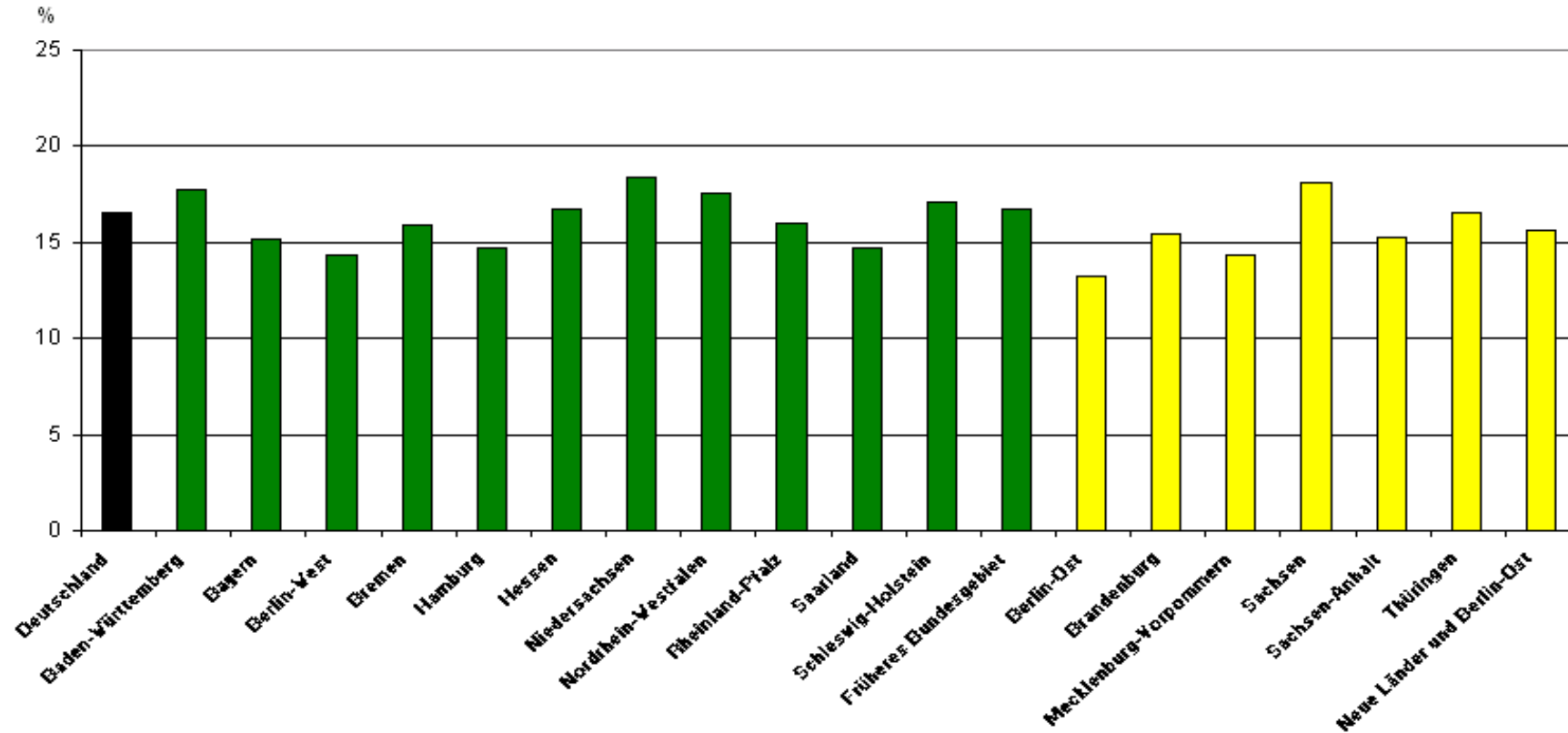
Land	Haushalte insgesamt	Darunter					
		Ausgewählte Haushalte mit 2 und mehr Kindern ²⁾		Davon			
				Ehepaare mit 2 und mehr Kindern ²⁾		Alleinerziehende Frauen mit 2 und mehr Kindern ²⁾	
	Anzahl	Anzahl	% Anteil (Spalte 2/ Spalte 1)	Anzahl	% Anteil (Spalte 4/ Spalte 1)	Anzahl	% Anteil (Spalte 6/ Spalte 1)
	1	2	3	4	5	6	7
Deutschland							
Insgesamt	1 405 263	232 349	16,5	83 902	6,0	148 447	10,6
Früheres Bundesgebiet							
Baden-Württemberg.....	109 425	19 443	17,8	5 760	5,3	13 683	12,5
Bayern.....	118 132	17 969	15,2	4 678	4,0	13 291	11,3
Berlin-West.....	109 420	15 727	14,4	7 587	6,9	8 140	7,4
Bremen.....	33 731	5 357	15,9	2 238	6,6	3 119	9,2
Hamburg.....	68 763	10 129	14,7	4 093	6,0	6 036	8,8
Hessen.....	120 938	20 215	16,7	8 434	7,0	11 781	9,7
Niedersachsen.....	150 531	27 633	18,4	10 854	7,2	16 779	11,1
Nordrhein-Westfalen.....	338 875	59 406	17,5	22 285	6,6	37 121	11,0
Rheinland-Pfalz.....	52 330	8 369	16,0	2 804	5,4	5 565	10,6
Saarland.....	24 076	3 531	14,7	1 408	5,8	2 123	8,8
Schleswig-Holstein.....	61 871	10 549	17,0	3 513	5,7	7 036	11,4
Zusammen	1 188 092	198 328	16,7	73 654	6,2	124 674	10,5
Neue Länder und Berlin-Ost							
Berlin-Ost.....	39 141	5 172	13,2	1 419	3,6	3 753	9,6
Brandenburg.....	29 995	4 635	15,5	1 443	4,8	3 192	10,6
Mecklenburg-Vorpommern.....	26 572	3 810	14,3	1 213	4,6	2 597	9,8
Sachsen.....	54 129	9 822	18,1	3 030	5,6	6 792	12,5
Sachsen-Anhalt.....	43 406	6 634	15,3	2 105	4,8	4 529	10,4
Thüringen.....	23 928	3 948	16,5	1 038	4,3	2 910	12,2
Zusammen	217 171	34 021	15,7	10 248	4,7	23 773	10,9

1) laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen

2) Kinder unter 18 Jahren

Schaubild 4.3

Haushalte von Empfänger/-innen von Sozialhilfe im engeren Sinne ¹⁾ am Jahresende 2000
Anteil der Haushalte mit zwei und mehr Kindern an allen Empfängerhaushalten ²⁾



1) laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen

2) Zur Berechnung wurden folgende Haushalte herangezogen: Ehepaare mit 2 und mehr Kindern sowie Alleinerziehende Frauen mit zwei und mehr Kindern

Tabelle 5.1

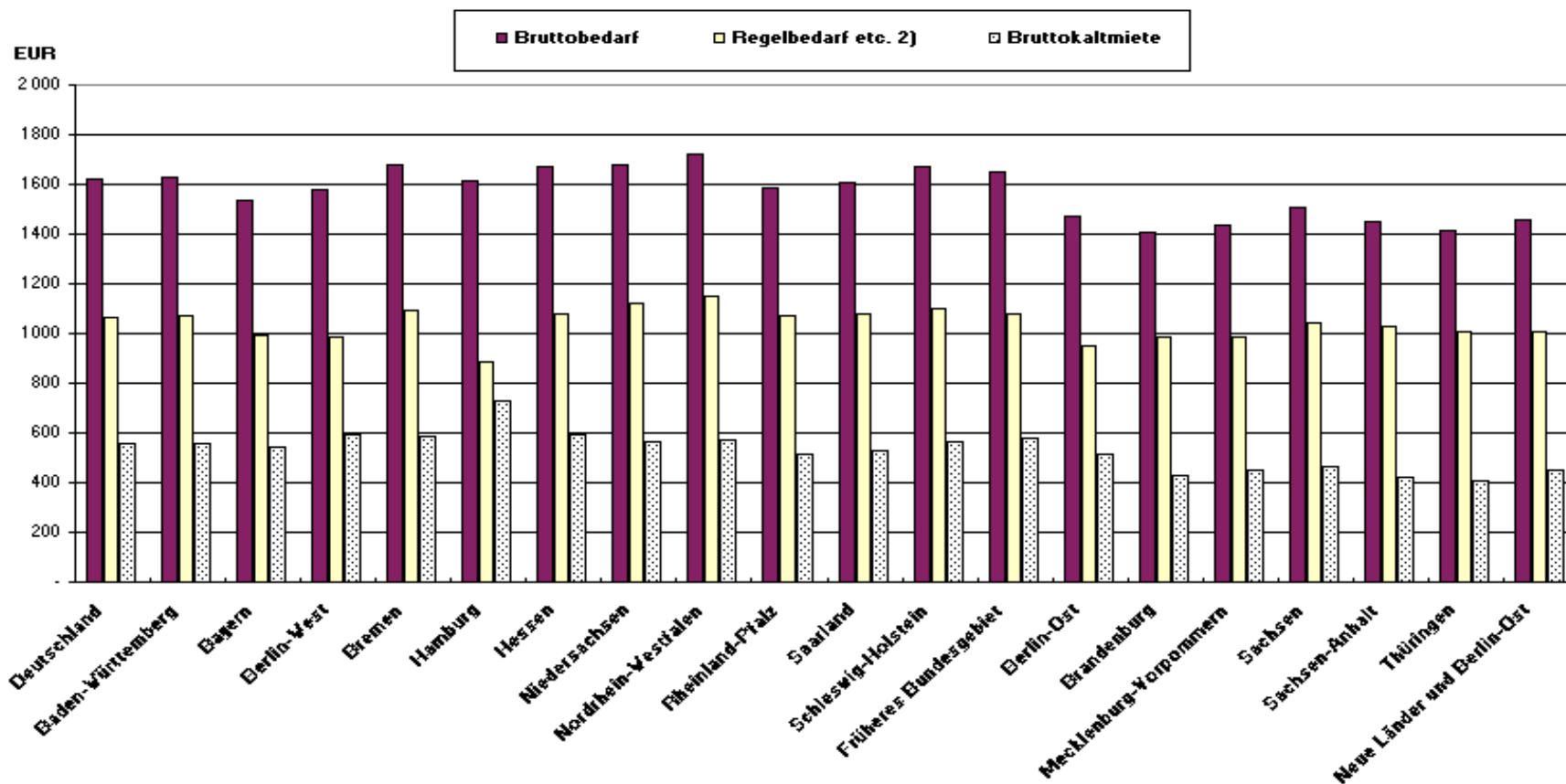
Haushalte von Empfänger/-innen von Sozialhilfe im engeren Sinne¹⁾
am Jahresende 2000
Bedarfsentstehung und Bedarfsdeckung

Land	Haushalte insgesamt	Durchschnittliche monatliche Zahlungsbeträge in EUR				
		Brutto- bedarf	davon		angerech- netes Einkommen	Netto- anspruch
			Brutto- kalt- miete	Regelbedarf etc. ²⁾		
	Anzahl	EUR				
Deutschland						
Insgesamt	1 405 263	829	284	545	443	386
Früheres Bundesgebiet						
Baden-Württemberg.....	109 425	831	283	548	434	397
Bayern.....	118 132	786	277	509	399	387
Berlin-West.....	109 420	807	302	506	402	405
Bremen.....	33 731	859	299	560	441	417
Hamburg.....	68 763	825	371	455	419	406
Hessen.....	120 938	854	303	552	386	468
Niedersachsen.....	150 531	860	287	573	466	394
Nordrhein-Westfalen.....	338 875	878	291	587	511	367
Rheinland-Pfalz.....	52 330	811	264	548	399	413
Saarland.....	24 076	821	269	552	426	395
Schleswig-Holstein.....	61 871	853	290	563	451	402
Zusammen	1 188 092	845	294	551	447	397
Neue Länder und Berlin-Ost						
Berlin-Ost.....	39 141	751	263	487	375	375
Brandenburg.....	29 995	720	217	503	414	305
Mecklenburg-Vorpommern.....	26 572	735	230	505	410	325
Sachsen.....	54 129	770	236	534	468	301
Sachsen-Anhalt.....	43 406	742	217	525	410	332
Thüringen.....	23 928	722	207	516	414	309
Zusammen	217 171	744	231	514	419	325

1) laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen

2) Regelsätze, lfd. Heizkosten, ggfs. Mehrbedarfzuschläge, Krankenversicherungsbeiträge, etc.

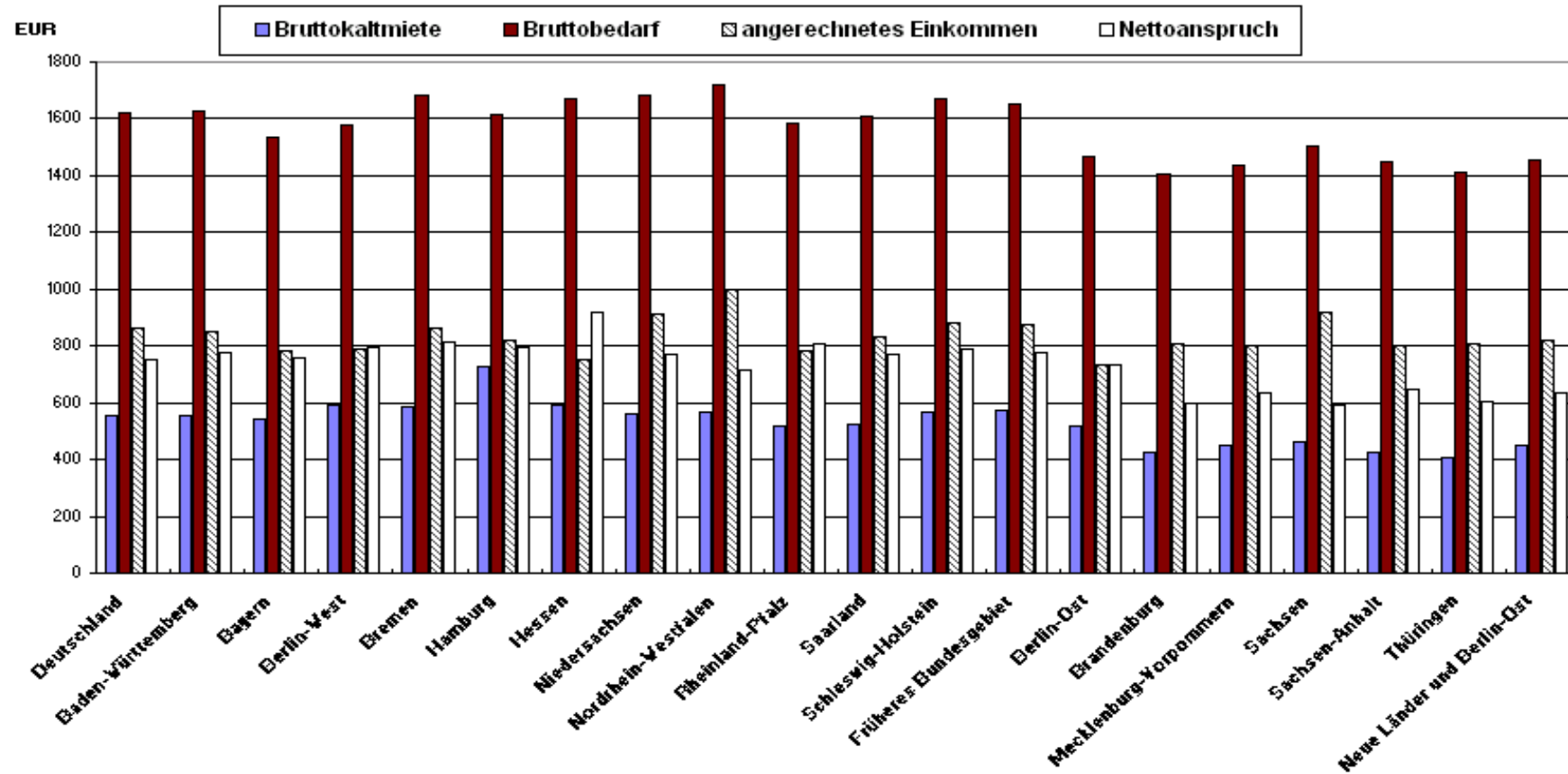
Schaubild 5.1.1
Haushalte von Empfänger/-innen von Sozialhilfe im engeren Sinne¹⁾ am Jahresende 2000
Durchschnittliche monatliche Beträge in EUR
Bedarfsentstehung



1) laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen

2) Regelsätze, lfd. Heizkosten, ggf. Mehrbedarfszuschläge, Krankenversicherungsbeiträge etc.

Schaubild 5.1.2
Haushalte von Empfänger/-innen von Sozialhilfe im engeren Sinne¹⁾ am Jahresende 2000
Durchschnittliche monatliche Beträge in EUR
Bedarfsdeckung



1) laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen

Tabelle 5.2

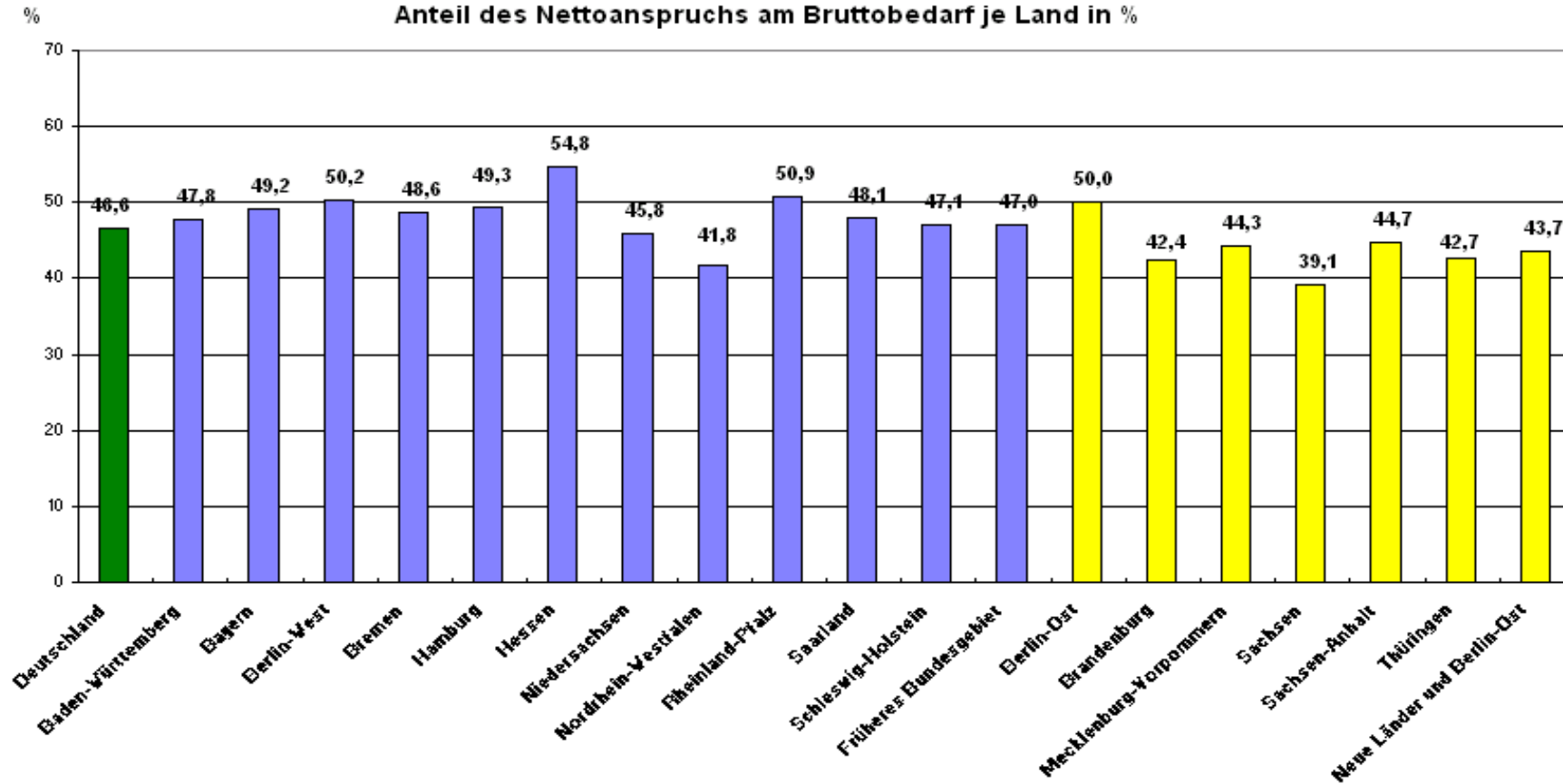
Haushalte von Empfänger/-innen von Sozialhilfe im engeren Sinne¹⁾
am Jahresende 2000
Bedarfsentstehung und Bedarfsdeckung

Land	Durchschnittliche monatliche Zahlungsbeträge in EUR				
	Brutto- bedarf	davon		angerech- netes Einkommen	Netto- anspruch
		Brutto- kaltmiete	Regelbedarf etc. ²⁾		
	EUR				
Früheres Bundesgebiet					
Zusammen.....	845	294	551	447	397
Abweichung vom Æ Früheres Bundesgebiet in EUR					
Baden-Württemberg.....	- 13	- 11	- 3	- 13	-
Bayern.....	- 59	- 17	- 42	- 48	- 11
Berlin-West.....	- 37	+ 8	- 45	- 46	+ 8
Bremen.....	+ 14	+ 5	+ 9	- 6	+ 20
Hamburg.....	- 19	+ 77	- 96	- 29	+ 9
Hessen.....	+ 10	+ 9	+ 1	- 61	+ 71
Niedersachsen.....	+ 15	- 7	+ 22	+ 18	- 3
Nordrhein-Westfalen.....	+ 34	- 3	+ 37	+ 64	- 30
Rheinland-Pfalz.....	- 33	- 30	- 3	- 49	+ 15
Saarland.....	- 24	- 25	+ 1	- 21	- 3
Schleswig-Holstein.....	+ 9	- 4	+ 13	+ 4	+ 5
Neue Länder und Berlin-Ost					
Zusammen.....	744	231	514	419	325
Abweichung vom Æ Neue Länder und Berlin-Ost in EUR					
Berlin-Ost.....	+ 6	+ 33	- 27	- 44	+ 50
Brandenburg.....	- 25	- 13	- 11	- 5	- 20
Mecklenburg-Vorpommern.....	- 10	- 1	- 9	- 10	-
Sachsen.....	+ 26	+ 5	+ 20	+ 49	- 24
Sachsen-Anhalt.....	- 3	- 14	+ 11	- 9	+ 7
Thüringen.....	- 22	- 24	+ 2	- 6	- 16

1) laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen

2) Regelsätze, lfd. Heizkosten, ggfs. Mehrbedarfszuschläge, Krankenversicherungsbeiträge etc.

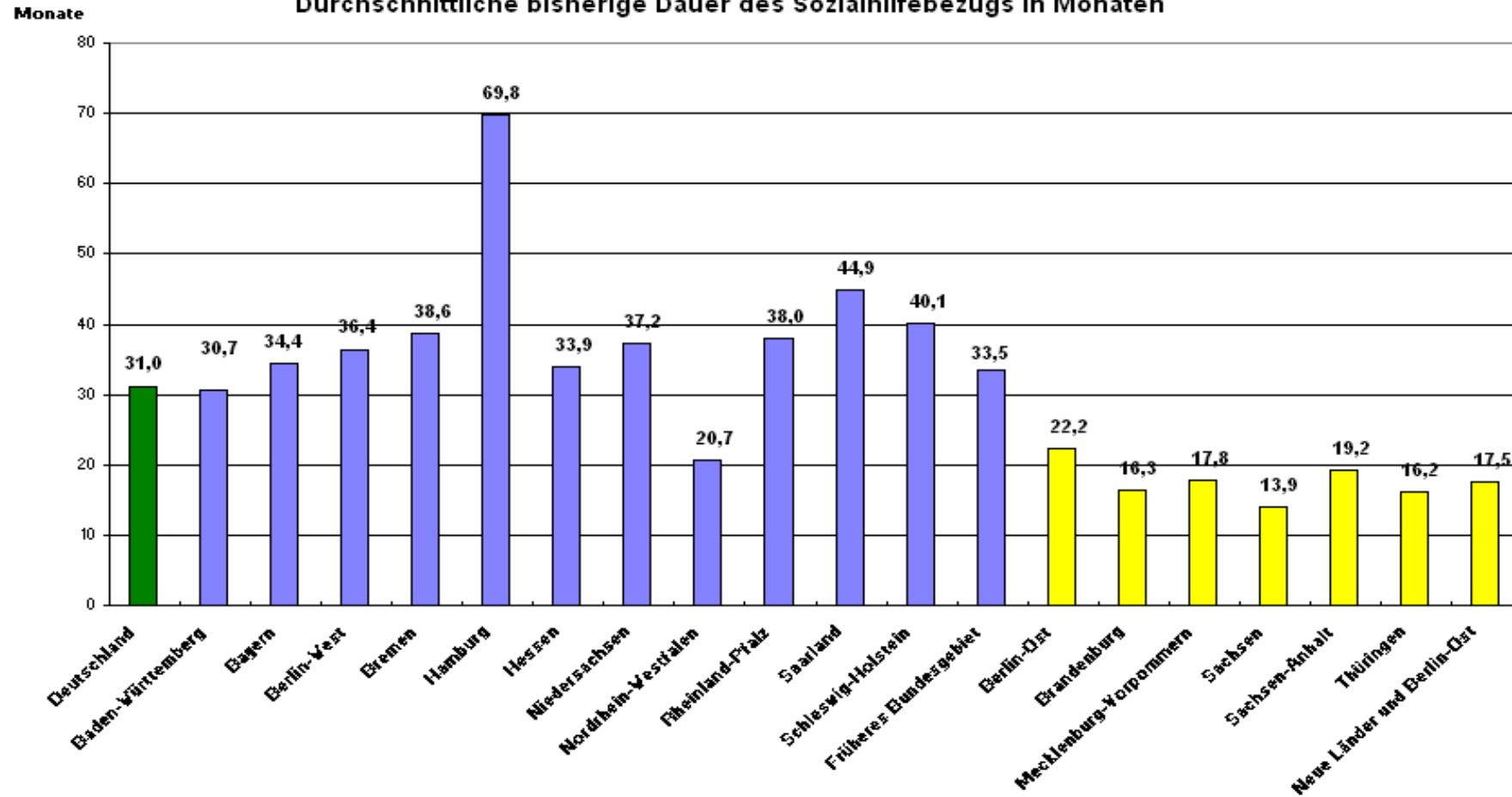
Schaubild 5.2
Haushalte von Empfänger/-innen von Sozialhilfe im engeren Sinne¹⁾
am Jahresende 2000
Anteil des Nettoanspruchs am Bruttobedarf je Land in %



1) laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen

Schaubild 6.1

Haushalte von Empfänger/-innen von Sozialhilfe im engeren Sinne¹⁾ am Jahresende 2000
Durchschnittliche bisherige Dauer des Sozialhilfebezugs in Monaten

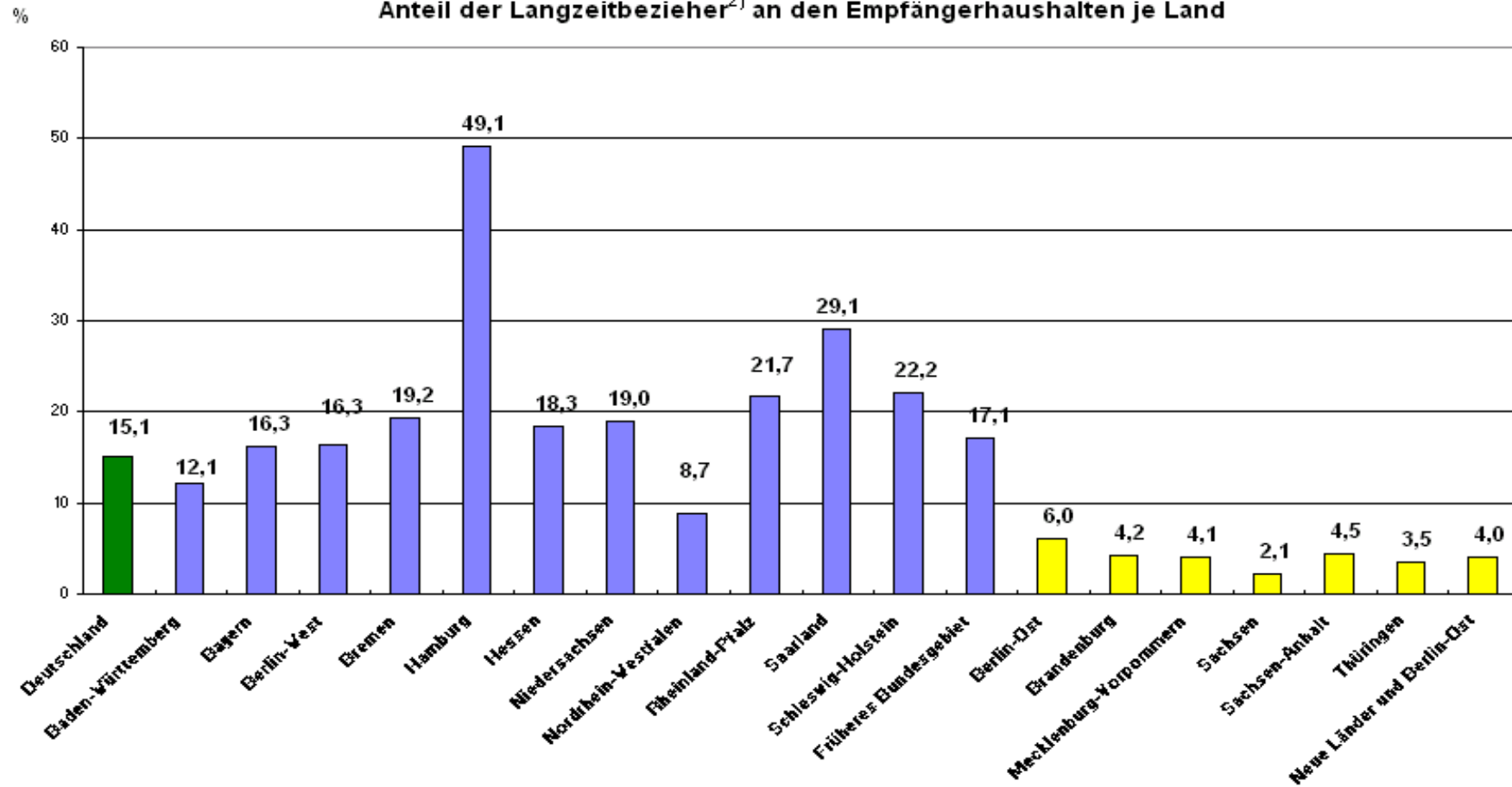


1) laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen

Schaubild 6.2

Haushalte von Empfänger/-innen von Sozialhilfe im engeren Sinne¹⁾ am Jahresende 2000

Anteil der Langzeitbezieher²⁾ an den Empfängerhaushalten je Land



1) laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen

2) Als Langzeitbezieher werden Haushalte bezeichnet, deren bisherige Sozialhilfebezugsdauer fünf Jahre und länger beträgt.

Tabelle 7.1

Sozialhilfe- und Arbeitslosenquote für das Jahr 2000

Land	Sozialhilfequote ¹⁾ 31.12.2000	Arbeitslosenquote ²⁾ Jahresdurchschnitt 2000
	%	
Deutschland insgesamt.....	3,3	10,7
Baden-Württemberg.....	2,0	6,0
Bayern.....	1,7	6,3
Berlin.....	3,7	17,6
Brandenburg.....	2,2	18,4
Bremen.....	9,4	14,2
Hamburg.....	7,1	10,0
Hessen.....	3,9	8,1
Mecklenburg-Vorpommern.....	2,9	19,0
Niedersachsen.....	3,9	10,3
Nordrhein-Westfalen.....	3,6	10,1
Rheinland-Pfalz.....	2,5	8,1
Saarland.....	4,3	10,8
Sachsen.....	2,5	18,5
Sachsen-Anhalt.....	3,2	21,4
Schleswig-Holstein.....	4,3	9,5
Thüringen.....	1,9	16,5
Nachrichtlich	Früheres Bundesgebiet	Bundesgebiet West
	3,4	8,7
Nachrichtlich	Neue Länder und Berlin-Ost	Bundesgebiet Ost
	2,8	18,8

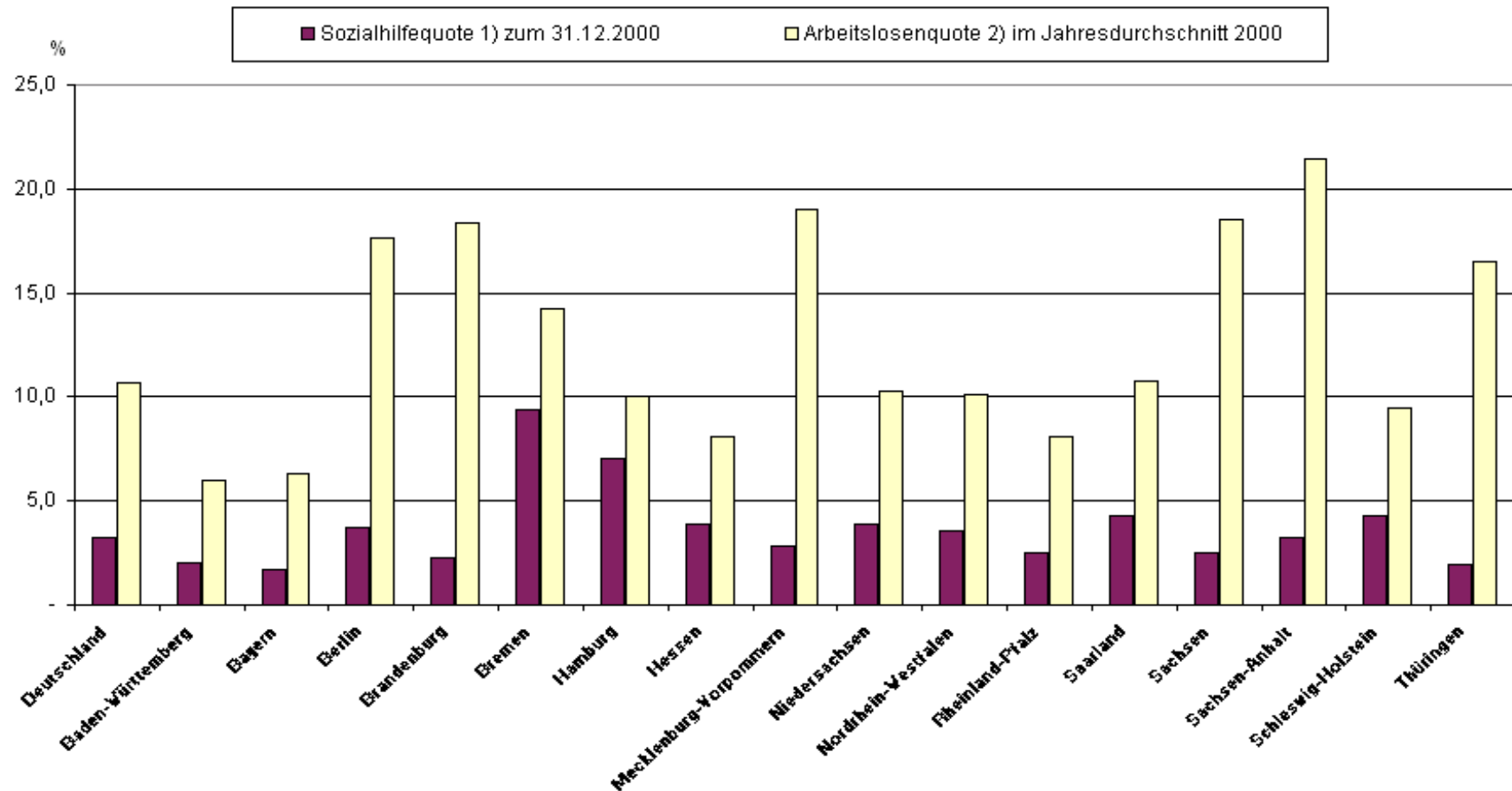
1) Anteil der Empfänger/-innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen an der jeweiligen Bevölkerung in %; Bevölkerungsstand: 31.12.1999

2) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte und Arbeitslose)

Abgrenzung von **Bundesgebiet West/Ost** ist wegen Arbeitsamt-Neugliederung in Berlin ab Juli 1997 nur noch näherungsweise möglich.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg

Schaubild 7.1
Sozialhilfe- und Arbeitslosenquote für das Jahr 2000



1) Anteil der Empfänger/-innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen an der jeweiligen Bevölkerung in %;
 Bevölkerungsstand: 31.12.1999

2) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen; Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

Tabelle 8.1

**Zeitreihe der Empfänger/-innen und Haushalte von Empfänger/-innen
laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen am Jahresende**

Land	Empfänger/-innen					Haushalte				
	1996	1997	1998	1999	2000	1996	1997	1998	1999	2000
Deutschland.....	2 688 805	2 893 178	2 879 322	2 792 479	2 677 119	1 381 736	1 488 484	1 487 650	1 452 639	1 405 263
Baden-Württemberg.....	240 308	253 891	243 374	226 917	208 647	119 921	127 655	123 657	116 708	109 425
Bayern.....	227 907	246 643	238 454	223 131	210 570	123 355	133 903	130 416	123 722	118 132
Berlin-West.....	174 769	199 797	208 926	203 813	197 676	98 425	111 843	116 341	112 770	109 420
Bremen.....	66 392	71 348	67 861	65 532	62 441	36 652	39 084	36 985	35 313	33 731
Hamburg.....	138 576	143 954	140 110	126 325	120 461	77 165	80 383	78 438	71 778	68 763
Hessen.....	261 620	262 196	252 817	242 408	233 321	132 577	133 188	128 883	124 847	120 938
Niedersachsen.....	327 748	337 340	334 716	316 730	309 275	154 689	159 886	158 759	152 593	150 531
Nordrhein-Westfalen.....	661 138	695 116	689 731	694 573	646 718	341 199	357 887	357 660	360 912	338 875
Rheinland-Pfalz.....	121 095	123 277	114 623	109 583	101 862	60 227	61 042	58 338	55 638	52 330
Saarland.....	52 082	53 886	51 334	48 148	46 023	26 360	27 395	26 372	25 339	24 076
Schleswig-Holstein 1).....	110 847	123 780	125 319	122 585	119 007	61 124	64 053	64 965	63 576	61 871
Früheres Bundesgebiet.....	2 382 482	2 511 228	2 467 265	2 379 745	2 256 001	1 231 694	1 296 319	1 280 814	1 243 196	1 188 092
Berlin-Ost.....	55 649	68 596	72 766	68 931	68 142	29 926	37 443	40 204	38 753	39 141
Brandenburg.....	44 100	55 230	57 866	57 644	58 095	21 914	27 945	29 074	29 193	29 995
Mecklenburg-Vorpommern.....	35 917	46 562	50 792	51 476	51 220	17 250	23 322	25 426	26 205	26 572
Sachsen.....	68 945	89 558	99 989	103 676	110 089	32 360	43 553	47 939	50 316	54 129
Sachsen-Anhalt.....	62 363	73 165	80 302	82 047	85 848	29 976	36 219	39 789	40 926	43 406
Thüringen.....	39 349	48 839	50 342	48 960	47 724	18 616	23 683	24 404	24 050	23 928
Neue Länder und Berlin-Ost.....	306 323	381 950	412 057	412 734	421 118	150 042	192 165	206 836	209 443	217 171

1) 1996: Korrigiertes Ergebnis